



jahresbericht

2007/2008

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Fédération des entreprises suisses
Federazione delle imprese svizzere
Swiss Business Federation

Impressum

**Diese Publikation erscheint in Deutsch und Französisch
Gestaltung und Produktion: Daniel Stähli, Visuelle Kommunikation, Zürich
Redaktion: Ivo Cathomen, Illux, Birrwil
Druck: Sihldruck AG, Zürich
Herausgabe: März 2008
© economiesuisse 2008**

Vorwort	2
Retrospektive 2007	4
Wirtschaftspolitische Prioritäten 2008	6
Organisation	
Portrait	19
Mitglieder	20
Vorstandsausschuss	24
Vorstand	25
Permanente Kommissionen	28
Geschäftsleitung	29
Geschäftsstellen	30
Nationale und internationale Kontakte	31
Aktivitäten 2007	32
Agenda 2008	36

Die Schweizer Wirtschaft blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Das Bruttoinlandprodukt expandierte um stattliche 3,1 Prozent. Das Wachstum konzentrierte sich nicht nur auf einzelne Branchen, sondern war breit abgestützt. Auch hat die Beschäftigung in der Schweiz kräftig zugenommen, und die Arbeitslosenquote ist gesunken. Die Gründe für diese erfreuliche Entwicklung liegen vor allem in der guten konjunkturellen Verfassung der Weltwirtschaft, dem relativ zum Euro schwachen Franken und der guten Wettbewerbsposition der Schweizer Unternehmen. Diese konnten dank des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU an der weltweiten Expansion partizipieren. Aus dem EU-Raum rekrutierte Fachkräfte leisteten einen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Aufgrund der weltweiten robusten Wirtschaftsentwicklung stiegen indes die Energie-, Rohwaren- und Nahrungsmittelpreise stark. Ein wirtschaftliches Schlüsselereignis im letzten Jahr war der Ausbruch der Kredit- und Immobilienkrise in den USA. Die Subprime-Krise betrifft die Schweizer Wirtschaft vor allem durch die Abkühlung der US-Konjunktur und ihren Einfluss auf die weltwirtschaftliche Entwicklung. Die Aussichten der Schweizer Wirtschaft sind für das Jahr 2008 nach wie vor gut, obwohl die Dynamik nachlassen wird.

Der Dachverband der Wirtschaft konnte 2007 verschiedene Erfolge verbuchen, namentlich die gewonnenen Volksabstimmungen zur 5. IV-Revision und zur Initiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse». Anfang 2008 stimmt das Volk sodann der KMU-Steuerreform zu. Dies zeigt, dass die Argumente der Wirtschaft auch in der Bevölkerung Mehrheiten finden. Für unsere unablässigen Anstrengungen für den Werk- und Arbeitsplatz Schweiz ist dies motivierend.

economiesuisse stellte im Jahr 2007 die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft. Verbandsinterne Meinungsverschiedenheiten konnten definitiv ausgeräumt werden. In konstruktiver Zusammenarbeit mit den Mitgliedern wurde eine Strategie definiert und die Kommunikation nach innen und aussen gestärkt. Die Anpassungen bei den Statuten und dem Geschäftsreglement wurden von den zuständigen Gremien verabschiedet. economiesuisse konzentriert sich künftig auf folgende acht Kernthemen: Finanzpolitik, Steuerpolitik, Aussenwirtschaftspolitik, Wettbewerbspolitik, Forschungs- und Bildungspolitik, Infrastrukturpolitik, regulatorisches Umfeld und allgemeine Wirtschaftspolitik. In der Geschäftsleitung von economiesuisse kam es im Jahr 2007 überdies zu einem eigentlichen Generationenwechsel. Der langjährige Direktor Rudolf Ramsauer verliess den Verband per 1. Oktober 2007 in Richtung Privatwirtschaft. Wir danken ihm für sein grosses, unermüdliches Engagement. Seine Nachfolge trat Pascal Gentinetta an.

Das Ziel von economiesuisse ist und bleibt dasselbe: Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft zu verbessern und damit den Wohlstand in der Schweiz langfristig zu sichern. Gerade in einer Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs muss an diesem Ziel entschlossen festgehalten werden. Zum einen erodiert in guten Zeiten erfahrungsgemäss die finanzpolitische Disziplin vor allem bei den Sozialwerken. Aufgrund der demografischen Entwicklung können wir uns aber hier keinen weiteren Ausbau leisten. Im Gegenteil ist die Eindämmung der Kostenexplosion zwingend. Nur so kann die schleichende Verdrängung von zukunftssträchtigen Investitionen des Staates durch die Sozialausgaben verhindert werden. Ziel muss auch ein attraktives Steuerniveau bleiben.

Die Schweizer Volkswirtschaft steht im globalen Wettbewerb und muss sich daher immer wieder aufs Neue behaupten. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen ist eine Daueraufgabe für economiesuisse. Wichtig ist dabei der möglichst ungehinderte Zugang zu ausländischen Märkten. Dafür setzen wir uns ein. Damit die Schweiz auch in der Zukunft auf der Gewinnerseite steht.



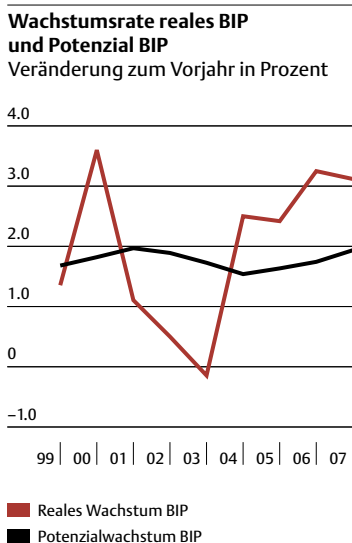
Gerold Bühler
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Bühler'.



Pascal Gentinetta
Vorsitzender der Geschäftsleitung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Gentinetta'.



Quelle: Bundesamt für Statistik und eigene Schätzungen.

Zur allgemeinen Wirtschaftslage

Die Schweizer Wirtschaft verbucht 2007 als prosperierendes Jahr. Das Bruttoinlandprodukt wuchs erneut kräftig um 3,1 Prozent. Seit 2004 übertreffen die Wachstumsraten die psychologisch wichtige Zweiprozentmarke. Dieser Wert liegt auch nahe am derzeitigen Potenzialwachstum der Schweizer Wirtschaft von 1,9 Prozent. Die Expansion war breit abgestützt und umfasste sowohl alle wichtigen Nachfragegrössen als auch die meisten Branchen. Die grösste Dynamik entfalteten nach wie vor die Exporte, die 2007 vor allem in die Transformationsländer (Russland, China) und in die Entwicklungsländer (OPEC, Indien) stark stiegen. Das freundliche Klima schlug sich auch in einer positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt und einer guten Konsumentenstimmung nieder. Trotz der anhaltend günstigen Konjunktur stiegen die Preise im Jahresdurchschnitt lediglich um rund 0,7 Prozent. Einzig die Entwicklung in Nordamerika trübte das Bild; die Schweizer Exporte mit Ziel USA stagnierten. Die Schweizer Wirtschaft wurde damit indirekt vom Sog der Kreditkrise auf dem neuen Kontinent erfasst.

Wirtschaftspolitische Erfolge von economiesuisse

economiesuisse blickt auf ein Jahr der wirtschaftspolitischen Weichenstellungen zurück. Im Herbst wurden auf Bundesebene der Nationalrat bestellt und in zahlreichen Kantonen die Ständeräte gewählt. Darauf folgte in der Wintersession die Erneuerung des Bundesrats. In der Summe aller Verschiebungen der Parteistärken wurden die Interessen der Wirtschaft gewahrt und teilweise gestärkt. Damit ist die Basis für eine unvoreingenommene parlamentarische Diskussion über wirtschaftspolitische Themen in der laufenden Legislatur und darüber hinaus gelegt. Im Wahlkampf hat sich der Dachverband der Wirtschaft mit Know-how und fachlicher Unterstützung für die wirtschaftsnahen Parteien und Kandidaten engagiert.

Volksabstimmungen von grosser Tragweite wie die Bilateralen Abkommen II mit der EU (2006) oder die KMU-Steuerreform (2008) fehlten im Berichtsjahr weitgehend. Vielmehr wurden zahlreiche wichtige Geschäfte auf den unterschiedlichen Stufen im politischen Prozess begleitet und den Interessen der Wirtschaft Gehör verschafft. Auffallend ist die grosse Zahl der Vernehmlassungen, an denen sich economiesuisse an vorderster Front beteiligte. Wie gewohnt wurde die Tätigkeit des Parlaments darüber hinaus mit grosser Akribie verfolgt und kommentiert.

Mit der Volksabstimmung zur KMU-Steuerreform im Februar 2008 – welche die liberalen Kräfte schliesslich für sich entscheiden konnten – warf ein wichtiger Abstimmungstermin seine langen Schatten voraus. Die Vorlage wurde in der parlamentarischen Diskussion aktiv verfolgt. Die besonderen Anliegen der Wirtschaft, etwa im Bereich des Teilbesteuerungssatzes oder des Liquidationsgewinns, wurden dank intensiver Überzeugungsarbeit in die Revisionsvorlage aufgenommen und schliesslich auch vom Parlament verabschiedet. Nach dem Zustandekommen des Referendums nahm das Pro-Komitee unter der Federführung von economiesuisse umgehend den Abstimmungskampf auf.

Das Jahr 2007 war steuer- und finanzpolitisch auch über die KMU-Steuerreform hinaus ein bedeutendes Jahr in der nationalen Politik. In der Diskussion um die umfassende Mehrwertsteuerrevision hat sich der Dachverband der Wirtschaft im Rahmen der Vernehmlassung in Zusammenarbeit mit der Treuhandkammer und unter Einbezug der Wirtschaftsverbände in die Meinungsbildung eingebracht und seine Anliegen deponiert. Trotz oder gerade wegen der guten Wirtschaftslage und der Haushaltsüberschüsse der öffentlichen Hand rückt economiesuisse die Ausgabendisziplin im Budget des Bundes und die Aufgabenüberprüfung immer wieder ins Zentrum. Hier gilt es, die angefangene Arbeit des Parlaments voranzutreiben, um den Wirtschaftsstandort zu stärken, die Staatsquote im Zaum zu halten und drohende künftige Defizite zu vermeiden. In diesem



economiesuisse führte das Ja-Komitee der KMU-Steuerreform in einer von langer Hand angelegten Kampagne zum Erfolg.



Zusammenhang hat economiesuisse mit der umfassenden Studie «Wer finanziert den Staat in der Schweiz?» die Verteilung der Steuerlast aufgezeigt und damit ein Gegengewicht zum Mantra der Steuergerechtigkeit in der Schweiz gesetzt.

Die Volksabstimmungen des Jahres 2007 auf eidgenössischer Ebene widmeten sich der Gesundheits- und Sozialpolitik. Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» wurde im Sinne der Wirtschaft verworfen. economiesuisse unterstützte die Gegner tatkräftig und führte erfolgreich die Kampagne für die 5. IV-Revision. Trotz des Erfolgs bleibt festzuhalten: Mit der 5. IV-Revision wurde ein notwendiger, aber kein hinreichender Schritt zur Gesundung des Sozialwerks unternommen.

Zu den vielfältigen parlamentarischen und bundesrätlichen Geschäften gehörten unter anderem die aus Wirtschaftssicht relevanten Themen Stromversorgungsgesetz, CO₂-Gesetz, Finanzmarktaufsicht, Osthilfe und Kohäsionsbeitrag, Urheber- und Patentrecht, die Botschaft Bildung, Forschung und Innovation, Insiderstrafrecht, Spezialfinanzierung Luftverkehr, Einführung Finanzreferendum, die Volksinitiative Verbandsbeschwerderecht und Gesundheitspolitik.



Die Argumente der Befürworter der 5. AHV-Revision unter der Führung von economiesuisse überzeugten eine Mehrheit der Stimmbevölkerung.

In eigener Sache

Am 1. Oktober 2007 hat Pascal Gentina das Amt des Direktors von economiesuisse angetreten. Er ersetzt Rudolf Ramsauer, der nach rund neunjähriger intensiver Arbeit an der Spitze des Verbands in die Privatwirtschaft wechselte. Pascal Gentina ist als Finanz- und Steuerexperte seit 1999 für den Verband tätig. Zu seinem Stellvertreter wurde Urs Rellstab ernannt, der bereits für die Kommunikation und Kampagnen des Dachverbands verantwortlich zeichnet.

Der Dachverband der Wirtschaft hat seinen im Jahr 2006 eingeleiteten Strategieprozess im Berichtsjahr konsequent zu einem erfolgreichen Ende geführt. Am «Tag der Wirtschaft» von Mitte Oktober 2007 verabschiedete die Mitgliederversammlung die betreffende Strategiereform. Diese bringt eine Fokussierung auf ausgewählte Kernthemen und eine Straffung der Geschäftstätigkeit mit sich. Damit soll die Effizienz und Schlagkraft des Dachverbands erhöht und gleichzeitig die Kommunikation gestärkt werden.

Allgemeine Wirtschaftsaussichten

Die Aussichten für das Jahr 2008 sind weiterhin gut. Das Wachstum der Schweizer Wirtschaft ist robust und wird sich über den Verlauf des Jahres fortsetzen. Allerdings ist der Höhepunkt des Konjunkturzyklus überschritten. *economiesuisse* geht für 2008 von einem Wachstum von 1,5 bis 1,7 Prozent aus. Die positive Beschäftigungssituation wird anhalten, die Arbeitslosenzahlen werden weiter leicht sinken. Das stabile Wachstum wirkt sich positiv auf den inländischen Konsum aus. Demgegenüber werden die Bauinvestitionen auf hohem Niveau leicht rückläufig sein. Ungewiss ist hingegen die Entwicklung des volkswirtschaftlich bedeutenden Bankensektors, der durch die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten negativ betroffen ist. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass dadurch die inländische Kreditvergabe eingeschränkt wird.

Die Wachstumsaussichten der Schweizer Wirtschaft können vor allem durch zwei Faktoren getrübt werden: Erstens haben sich die rezessiven Tendenzen in den USA als Folge steigender Kreditausfälle, sinkender Immobilienpreise und anziehender Import- und Nahrungsmittelpreise erhöht. Käme es tatsächlich zu einer Rezession in den USA, würde dies die weltweite Konjunktur stark in Mitleidenschaft ziehen. Zweitens besteht die Gefahr von abrupten Wechselkursveränderungen. Eine starke Aufwertung des Franks würde der Schweizer Wirtschaft erheblichen Schaden zufügen. Dauert schliesslich die grosszügige Liquiditätszufuhr in den Finanzkreislauf der USA und des Euro-Raumes an, werden dort die Inflationsraten langfristig weiter anziehen. Für die Schweiz ist diese Gefahr weniger ausgeprägt.

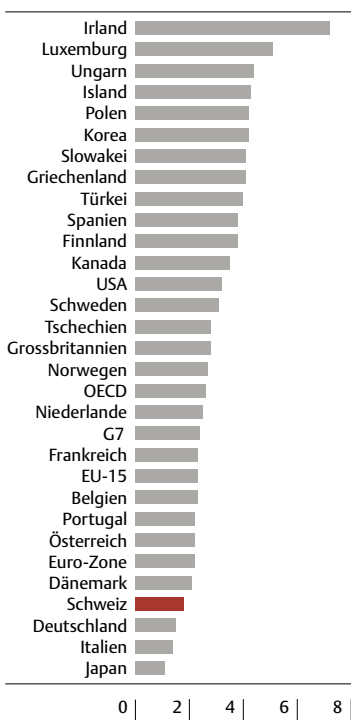
Konjunktur und Wachstum

Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen stärken

Ein stabiler Wachstumsprozess erfordert zwar eine ausreichende gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Das ändert aber nichts daran, dass das Wachstum selbst von der Angebotsseite herrührt, und zwar über einen Anstieg des Arbeitskräftepotenzials, der Kapitalbildung und der Produktivität, die durch technischen Fortschritt und wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen beeinflusst wird. Damit rücken die Qualität der staatlichen Rahmenbedingungen (Steuern, Inflation, Ausbildung, Forschung, Regulierungsumfeld) und zahlreiche weiche Faktoren (Offenheit gegenüber neuen Technologien, Einstellung gegenüber Unternehmertum usw.) in den Vordergrund. Die Angebotspolitik ist somit auch unter konjunkturellen Aspekten stets in der Führungsrolle. Für *economiesuisse* ist deshalb Wirtschaftspolitik in erster Linie Ordnungspolitik im Sinne der Festlegung eines freiheitlichen institutionellen Regelwerks und eines innovationsfreundlichen Anreizsystems für Haushalte und Unternehmen. Dabei muss sich die nationale Wirtschaftspolitik stets auch im internationalen Standortwettbewerb bewähren.

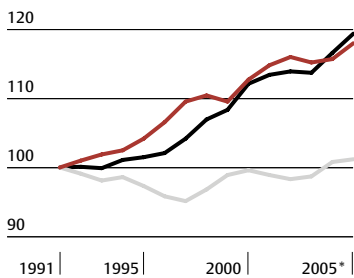
Die Schweizer Wirtschaft ist dank der laufenden Anpassungen der Unternehmen breit diversifiziert. Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft und ergänzen die international ausgerichteten Grossunternehmen. Die Restrukturierungen der Vergangenheit zahlen sich heute aus. Den Schweizer Unternehmen ist in den letzten Jahren auch zugute gekommen, dass die Kaufkraft in allen Teilen der Welt zugenommen hat. Als Folge davon steigt gerade die Nachfrage nach hochpreislichen Qualitätsprodukten kontinuierlich. Die Kreditkrise hat in den Hintergrund gerückt, dass sich der Schweizer Finanzplatz in den letzten Jahren erfreulich entwickelt hat. Im Weiteren hat auch die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU den wirtschaftlichen Aufschwung massgeblich unterstützt. Die hohe Nachfrage nach qualifiziertem Fachpersonal hätte mit Schweizer Arbeitnehmenden alleine nicht befriedigt werden können. Die Unternehmen konnten durch die Rekrutierung von Arbeitskräften aus der EU am weltweiten Wachstum teilnehmen. Ebenfalls das Wachstum begünstigt haben steuerliche Reformen auf Bundes- und kantonaler Ebene und Deregulierungen im Binnenmarkt.

Wirtschaftswachstum 1996–2006
in Prozent pro Jahr



Quelle: OECD.

Arbeitsproduktivität (indexiert; 1991=100)

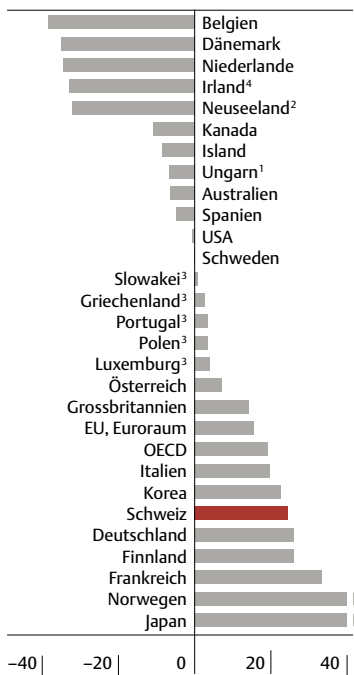


■ Produktivität
■ BIP**
■ Geleistete Arbeitsstunden

* 2004, 2005 provisorische Werte
** zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2000

Quelle: Bundesamt für Statistik.

Entwicklung der Verschuldungsquote 1990 – 2007 in Prozent des BIP



¹ 1991–2007, ² 1994–2007, ³ 1995–2007, ⁴ 1998–2007

Quelle: OECD, Economic Outlook.

Monetäre Entwicklung genau beobachten

Dauert die grosszügige Liquiditätszufuhr in den Finanzkreislauf der USA und des Euro-Raumes an, werden dort die Inflationsraten langfristig weiter anziehen. Für die Schweiz ist die Inflationsgefahr hingegen weniger ausgeprägt. Der Anstieg der Erdölpreise wird teilweise durch die Abwertung des Dollars kompensiert. Hingegen werden die Nahrungsmittelpreise im Jahr 2008 etwas anziehen. Auch die Lohnerhöhungen führen zu moderat steigenden Preisen. Insgesamt geht economiesuisse für dieses Jahr von einer durchschnittlichen Inflationsrate in der Höhe von 1,3 bis 1,5 Prozent aus.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/konjunktur

Finanzen

Die finanz- und steuerpolitischen Rahmenbedingungen sind ein entscheidender Erfolgsfaktor im globalisierten Standortwettbewerb. Wesentliche Indikatoren sind Fiskal-, Staats- und Verschuldungsquoten. Die Schweiz hat diesbezüglich seit 1990 deutlich an Terrain eingebüsst. Zwar haben sich in finanzpolitischer Hinsicht dank Entlastungsprogrammen und Schuldenbremse erste Fortschritte eingestellt, doch bleibt die Weiterführung einer strikten Ausgaben disziplin auch in der neuen Legislatur oberstes Gebot.

Nachhaltige Trendwende in der Finanzpolitik einleiten

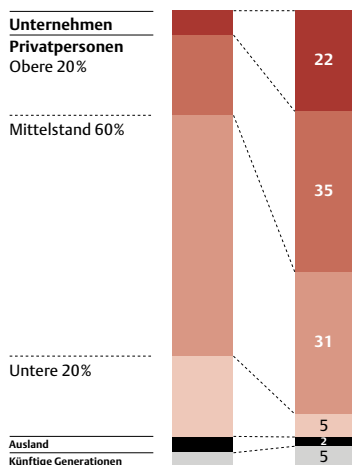
Mit der Umsetzung der beiden Entlastungsprogramme 2003 und 2004 sowie der Einführung der Schuldenbremse wurde auf Stufe Bund eine positive Entwicklung weg von der Schuldenwirtschaft der neunziger Jahre eingeleitet. Die aktuellen Haushaltsüberschüsse in der Finanzrechnung des Bundes dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass damit die Trendwende noch keineswegs geschafft ist. Der Legislaturfinanzplan zeichnet bis 2011 auf den ersten Blick ein erfreuliches Bild: durchwegs schwarze Zahlen im Bundeshaushalt. Doch der Schein trügt. Drohende Mehrausgaben von gegen 1 Mrd. Franken sind nicht eingerechnet. Auch die prognostizierten Steuereinnahmen sind zu optimistisch angesetzt. Besorgniserregend ist vor allem der Umstand, dass in den Zahlen zwar die Auswirkungen der seit langem angekündigten Aufgabenüberprüfung eingerechnet, die Massnahmen jedoch bis heute nicht bekannt sind. Das geplante Ausgabenwachstum liegt zudem nicht nur weit über der Teuerung – die für economiesuisse die finanzpolitisch massgebliche Vorgabe darstellt –, sondern auch über dem ebenfalls optimistischen Wirtschaftswachstumsszenario. Von einer nachhaltigen Trendwende kann deshalb keine Rede sein. Die Ausgaben laufen weiter aus dem Ruder und finanzpolitische Spielräume sind keine in Sicht. 2008 geht es deshalb primär um die Einleitung einer nachhaltigen Trendwende im Finanzhaushalt. economiesuisse erwartet deshalb, dass der Gesamtbundesrat seine Verantwortung wahrnimmt und mit der Aufgabenüberprüfung endlich strukturell wirkende Massnahmen vorlegt. Zu unterstützen ist die Vorlage der Ergänzungsregel zur Schuldenbremse, sofern sie auch die Schuldenschlupflöcher der Sozialwerke umfasst.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/finanzen

Steuern

Finanzierung der Staatsquote: Steuern, Sozialbeiträge und übrige Einnahmen nach Überwälzung, 170 Mrd. Franken

Grobschätzung der Lastenverteilung nach «sozioökonomischen» Gruppen, in Prozent, 2003



Quelle: «Wer finanziert den Staat in der Schweiz?», economiesuisse, 2007.

Mit steuerpolitischen Reformen Wirtschaftsstandort stärken

Die Stärkung des Wirtschaftsstandorts durch gezielte Optimierungen des Steuersystems im intensiven internationalen Standortwettbewerb ist eine zentrale und dauernde Herausforderung. Gezielte steuerpolitische Reformen stärken den Wirtschaftsstandort und schaffen Arbeitsplätze. Die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform II mildert die wirtschaftliche Doppelbelastung und bildet als eigentliche KMU-Reform einen wesentlichen Pfeiler eines prosperierenden Wirtschaftswachstums mit den dazugehörigen Auswirkungen auf das Arbeitsplatzangebot. Damit ist der Prozess der ständigen Weiterentwicklung im Hinblick auf die Erhaltung und Verbesserung der Standortattraktivität nicht abgeschlossen. Es gilt zu prüfen, mit welchen gezielten Massnahmen die Wettbewerbsfähigkeit im Besonderen mit Blick auf hoch mobile Unternehmen und Arbeitskräfte gestärkt werden kann. Im Dialog mit der EU gilt es, etablierte Schweizer Steuergrundsätze und die schweizerische Steuersouveränität zu wahren. Einmischungen von aussen ist entschieden entgegenzutreten. Besondere Aufmerksamkeit wird economiesuisse der Reform der Mehrwertsteuer schenken, die für die Schweizer Wirtschaft von zentraler Bedeutung ist. Im Sommer wird die betreffende Botschaft im Parlament beraten. Die Vorlage bringt für die Wirtschaft lang erwartete Vereinfachungen, die rasch zu beschliessen und umzusetzen sind. Die von der Sozialdemokratischen Partei in Aussicht gestellte Steuerharmonisierungsinitiative ist mit Vehemenz zu bekämpfen.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/steuern

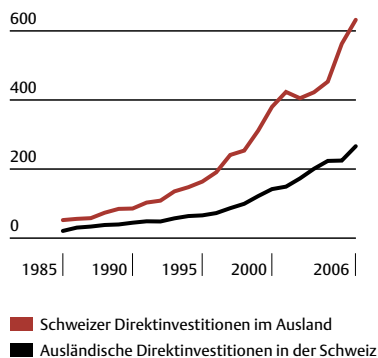
Aussenwirtschaft und Globalisierung

Multilaterales Regelwerk festigen

Die Schweiz ist einer der am stärksten in die Weltwirtschaft integrierten Staaten. Jeder zweite Franken wird im Ausland verdient. Der hohe Grad an internationaler Verflechtung wird weiter zunehmen. Für die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Unternehmen stellt der möglichst ungehinderte grenzüberschreitende Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen eine wichtige Voraussetzung dar. Die Doha-Verhandlungen machen jedoch nur geringe Fortschritte. Nach wie vor bestehen Differenzen zwischen den grossen Handelsmächten. Die Anstrengungen, die WTO-Verhandlungen vorwärts- und zu einem Abschluss zu bringen, müssen auch 2008 ungebrochen fortgesetzt werden. economiesuisse erwartet, dass sich die Schweiz entschlossen für ein substantielles Ergebnis beim Marktzugang für Industriegüter und Dienstleistungen sowie beim Schutz des geistigen Eigentums und bei den Handelserleichterungen einsetzt und gleichzeitig Flexibilität beim Marktzugang für landwirtschaftliche Güter zeigt.

Offene Kapitalmärkte und Investitionsfreiheit sind zentrale Faktoren für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Unsere Unternehmen sind auf das Kapital ausländischer Investoren angewiesen; umgekehrt sind schweizerische Investitionen im Ausland ein Schlüssel für unseren Erfolg im globalisierten Weltmarkt. In jüngerer Zeit häufen sich die Bestrebungen gewisser Länder, die Investitionsfreiheit einzuschränken. Solche autonomen Massnahmen können einen protektionistischen Wettlauf auslösen und sind kritisch zu beurteilen. Transparenz und Wettbewerb sind geeignete Instrumente, um einen allfälligen Missbrauch bei grenzüberschreitenden Investitionen zu begrenzen. Die Schweiz tut gut daran, sich auf nationaler und internationaler Ebene für die Gewährleistung dieser Maximen einzusetzen.

Kapitalbestand Direktinvestitionen in Milliarden CHF



Quelle: Schweiz, Nationalbank, Bankenstatistisches Monatsheft.

Freihandelsabkommen der Schweiz: im Rahmen der EFTA oder bilateral (*)

In Kraft

Ägypten
Chile
EFTA
EG*
Färöer-Inseln*
Israel
Jordanien
Korea
Kroatien
Libanon
Marokko
Mazedonien
Mexiko
Palästinensische Behörde
Singapur
Tunesien
Türkei

Unterzeichnet

Kanada
Südafrikanische Zollunion SACU

In Verhandlung

Algerien
Japan*
Kolumbien
Kooperationsrat der Arabischen
Golfstaaten GCC
Peru
Thailand

Verhandlungen in Vorbereitung

Albanien
Indien
Indonesien
Serbien

Machbarkeitsabklärung

China*
Russland

Stand: Februar 2008

Die Frage der Sicherheit im grenzüberschreitenden Warenverkehr hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Ausgehend von unilateralen Massnahmen der USA wurden auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene eine Vielzahl neuer Programme zur Verbesserung der Sicherheit der internationalen Wertschöpfungskette lanciert. Diese können bei Unternehmen hohe Transaktionskosten verursachen. Sicherheit ist wichtig, Sicherheitsmassnahmen dürfen aber nicht handelshemmend wirken. Ein verhältnismässiges, zielgerichtetes und international koordiniertes Vorgehen ist angezeigt.

Instrument der bilateralen Abkommen gezielt nutzen

Parallel zu den Bestrebungen auf multilateraler Ebene bieten bilaterale und regionale Freihandelsabkommen mit den wichtigsten Partnern die beste Möglichkeit, ausenwirtschaftliche Interessen der Schweizer Unternehmen zu sichern und Diskriminierungen zu vermeiden. Die notwendige Prioritätensetzung bei der Auswahl von Verhandlungspartnern muss unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wirtschaft und nicht aus politischen Überlegungen erfolgen.

Neben Industriestaaten wie den USA oder Japan stehen dabei die sogenannten BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China) im Vordergrund. *economiesuisse* begrüsst die zielgerichtete Umsetzung der Aussenwirtschaftsstrategie des Bundes. Die Verhandlungen mit Japan und dem Golfkooperationsrat sind konsequent fortzuführen. Die Aufnahme von Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Indien wird klar befürwortet. Ebenso sollten die Gespräche mit den übrigen wichtigen Partnern vertieft werden. Möglichst umfassende Abkommen, die nebst Waren- und Dienstleistungshandel auch das öffentliche Beschaffungswesen, Wettbewerbsfragen, geistiges Eigentum und Investitionen regeln, sind dabei der richtige Ansatz. Der Schutz der Menschenrechte und der Umwelt sind wichtige Anliegen. Sozial- und Umweltklauseln gehören jedoch nicht in ein Freihandelsabkommen. Diese Fragen sollten in den dafür geschaffenen internationalen Gremien behandelt werden.

Im Verhältnis zur EU bewährt sich der bilaterale Weg. Die bestehenden Abkommen ermöglichen eine lösungsorientierte, pragmatische Zusammenarbeit, erfüllen die wichtigsten Anliegen der Wirtschaft und werden von der Mehrheit der Bevölkerung getragen. Die Zeit der grossen Würfe in der Europapolitik, wie dies bei den Bilateralen I und II der Fall war, ist auf absehbare Zeit vorbei. Abgesehen von gewissen Einzelthemen wie im Elektrizitätsbereich oder bezüglich Liberalisierung des Agrar- und Lebensmittelhandels drängt sich keine Vertiefung der Beziehung durch neue Abkommen auf. Für die Wirtschaft haben die effiziente Umsetzung der bestehenden Abkommen sowie deren Ausdehnung auf neue Mitgliedstaaten Priorität.

Die Fortführung und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit sind von grösster wirtschaftlicher Bedeutung. Aufgrund der demografischen Situation ist die Schweizer Wirtschaft auf ausländische Arbeitnehmende angewiesen. Die durch das Abkommen über die Personenfreizügigkeit erleichterte Mobilität der Arbeitskräfte verbessert einerseits die Chancen der Schweiz, geeignetes Personal zu rekrutieren. Andererseits erhalten Schweizer einen gleichberechtigten Zugang zum EU-Arbeitsmarkt. Die bisherigen Erfahrungen sind durchwegs positiv. Das Abkommen ist integraler Bestandteil des bewährten bilateralen Wegs.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/aussenwirtschaft

Wettbewerb und Binnenmarkt

Das neue Kartellrecht justieren

Ein funktionierender Wettbewerb ist Grundlage einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Deshalb gehört die Wettbewerbspolitik zum Kern liberaler Wirtschaftspolitik und aller Bestrebungen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Sie dient der Aufrechterhaltung und der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Dies bedingt gleichzeitig eine auf die Sicherung des freien Zugangs zu ausländischen Märkten ausgerichtete Aussenwirtschaftspolitik, eine aktive Forschungspolitik und generell die klare Orientierung aller standortrelevanten Politikbereiche an den Besten weltweit. Der Bundesrat muss dem Parlament 2009 einen Bericht über die Wirkung des Kartellgesetzes unterbreiten. Aus Sicht der Wirtschaft kann festgestellt werden, dass das geltende Kartellrecht Wirkung zeigt und die Unternehmen grosse Anstrengungen zur Erfüllung der verschärften Auflagen tätigen. Die Verfahren, der Rechtsschutz von Unternehmen etwa zur Möglichkeit der Durchführung interner Analysen (Geheimnisschutz), aber auch die Bemessung von Sanktionen sind Bereiche, in denen eine eingehendere Analyse notwendig ist und in denen sich allenfalls Anpassungen aufdrängen.

Importhindernisse beseitigen

Nach der Revision von Kartell- und Binnenmarktgesetz steht mit dem Cassis-de-Dijon-Prinzip und Parallelimporten die Beseitigung von Importhindernissen im Zentrum der gegenwärtigen politischen Aufmerksamkeit. Die Beseitigung von Handelshemmnissen erhöht den Wettbewerb und ist zu befürworten, auch wenn die Erwartungen an die Auswirkungen auf tiefere Preise zu gross sind. Zölle oder andere Faktoren wie staatlich administrierte Preise oder zusätzliche Auflagen haben einen grösseren Einfluss.

Mit einer differenzierten einseitigen Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips will der Bundesrat die Marktabschottung durch technische Handelshemmnisse beseitigen. Dieser Abbau staatlicher Hindernisse ist positiv. Entscheidend sind dabei eine Verhinderung der Diskriminierung inländischer Produzenten und die Sicherung des Marktzugangs für Schweizer Unternehmen. Gleichzeitig ist dem Durchsetzungsmechanismus, etwa durch ein entsprechendes Einwirken der Wettbewerbskommission, besondere Beachtung zu schenken.

Parallelimporte sind in der Schweiz zulässig. Eine Ausnahme bilden patentgeschützte Produkte. Hier wird zu Recht der Innovationsschutz als privates Abwehrrecht gegen Imitatoren und Trittbrettfahrer hoch gewichtet. Dieser Innovationsschutz ist kein Helvetismus, sondern globaler Standard. Sämtliche Industrieländer kennen ähnliche Bestimmungen. Dem trägt der Bundesrat – seiner bisherigen Haltung entsprechend – Rechnung.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/wettbewerb

Gesundheit: Markt- statt Planwirtschaft fördern

In der Wintersession schloss das Parlament wichtige Dossiers im Gesundheitswesen ab, an denen *economiesuisse* beteiligt war. Zentral dabei ist die Reform der Spitalfinanzierung, die in wichtigen Bereichen geändert wird: Auf Ende 2011 wird die bisherige Finanzierung von Einzelleistungen durch die Leistungsfinanzierung von Fallgruppen über Pauschalen (z.B. Blinddarmoperation) ersetzt. In die Fallpauschalen werden zudem die bisher von den Kantonen über das Baubudget finanzierten Investitionen für die Spitalinfrastruktur einberechnet. Schliesslich bezahlen die Kantone ab 2014 den gleichen Anteil pro Patient für private und öffentliche Spitäler. Auf 2014 wird auch die Spitalplanung revidiert, die neu auf objektiven und veröffentlichten Wirtschaftlichkeits- und Qualitätskriterien beruhen muss. Für Spitäler auf einer kantonalen Spitalliste gilt bis zur Einführung der neuen Spitalplanung 2014 eine Schutzklausel. 2014 wird auch der Spitalinnenmarkt eingeführt. Neu wird der Wohnortkanton bei jeder ausserkantonalen Behandlung mindestens den Tarif einer Behandlung im eigenen Kanton finanzieren. Mit der Spitalfinanzierung wurde ein bedeutender Schritt in Richtung Wettbewerb erreicht. Erstmals sind Spitäler verpflichtet, ihre medizinische Qualität zu veröffentlichen. Mit dem Binnenmarkt und der leistungsorientierten, an den Patienten statt an das Spital gebundenen Finanzierung wird der protektionistische Schutz eigener Institutionen erschwert. Spitalschliessungen werden damit einfacher.

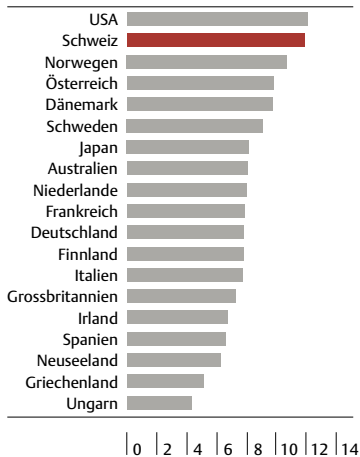
Das Parlament erarbeitete auch einen Gegenvorschlag zur SVP-Prämiensenkungsinitiative. Die Initiative würde wegen ihres Finanzierungsmechanismus entweder zu massiven höheren Staatsbeiträgen oder einer Rationierung der medizinischen Versorgung führen, was beides abzulehnen ist. Deshalb unterstützt *economiesuisse* den Gegenvorschlag. Dieser fokussiert auf Transparenz von Kosten und medizinischer Qualität, Wahlfreiheit bei Versicherungen, Ärzten und Spitalern sowie auf Eigenverantwortung.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/gesundheit

Bildung und Forschung

Durchschnittliche Ausgaben pro Ausbildungsplatz, Primar- bis Tertiärstufe 2004

In Tausend US-Dollar



Quelle: OECD.

Entwurf des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes überarbeiten

Für den Wohlstand der Schweiz ist die Sicherung eines Spitzenplatzes in der globalen Wissens- und Forschungsgesellschaft zentral. Neben der Attraktivität unseres Landes für die global besten Talente gilt es den Bildungs- und Forschungsstandort Schweiz zu stärken. Dazu ist zum einen die Effizienz der Bildungsausgaben generell zu verbessern, zum anderen sind aber auch ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ein wichtiger Meilenstein für die Entwicklung der Hochschullandschaft wird die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) sein. Dieses bezweckt eine gemeinsame Koordination zwischen Bund und Kantonen, die auch gemeinsam die strategische Planung des Hochschulraums vornehmen. Die stark föderalistische und auf Interessenausgleich bedachte Gesetzesvorlage mag nicht zu überzeugen und muss in wesentlichen Punkten überarbeitet werden. Generell hat sich die Koordination auf das notwendige Minimum zu beschränken. In erster Linie soll der Wettbewerb zwischen autonomen Hochschulen gestärkt werden, indem die Anreize richtig gesetzt werden. Die im HFKG vorgesehenen Referenzkosten sind um Qualitätskriterien zu ergänzen und sollten auch die Ausrichtung eines Studiengangs auf den Arbeitsmarkt berücksichtigen. Eine Stärkung der Autonomie der Hochschulen bedingt auch, dass diese ihre Masterstudierenden aufgrund eigener leistungsbezogener Qualitätskriterien auslesen können.

Neben dem HFKG steht auch die Teilrevision des Forschungsgesetzes an, das neu Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) heissen soll. Kernpunkt der Vorlage ist die Schaffung einer neuen gesetzlichen Grundlage für die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) und die Innovationsförderung des Bundes. Der Vernehmlassungsentwurf sieht vor, dass die KTI als weisungsungebundene Behördenkommission ausgestaltet wird und damit über mehr Kompetenzen verfügt als bisher. Dies ist zu begrüßen. Problematisch ist allerdings, dass die weiteren Aktivitäten der Innovationsförderung wie Förderung des Unternehmertums (Venturelab), Gründung und Aufbau von forschungsbasierten Unternehmen (Start-up, Coaching) und Förderung des Wissens- und Technologietransfers von der KTI abgetrennt und der Bundesverwaltung übertragen werden sollen.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/bildung_forschung



Recht und Regulierung

Flexibilität in der Aktienrechtsrevision wahren

Die eingeleitete Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts ist für die Unternehmen von grosser Tragweite. Sie ist danach zu beurteilen, ob sie den Standort Schweiz insgesamt stärkt. Gegenüber der Vernehmlassungsvorlage wurden wichtige Punkte im Sinne der Wirtschaft korrigiert. Die Flexibilisierung der Kapitalstrukturen sowie die Aktualisierung der Vorschriften über die Generalversammlungen sind positiv zu werten. Bei der rechtsformneutralen Neuregelung der Rechnungslegung wurden zentrale Stolpersteine ausgeräumt. Andere Vorschläge schränken die Handlungsfreiheit der Unternehmen und ihrer Aktionäre jedoch weiterhin unnötig ein und tragen nicht zur Verbesserung der Corporate Governance bei. So ist nicht einzusehen, wieso Aktionären verboten werden soll, generelle Vollmachten zu erteilen oder einen Verwaltungsrat im Sinne der Kontinuität auch für eine längere Frist als ein Jahr zu wählen. Eine verpasste Chance ist auch, dass die Vorschläge für die Schaffung von Transparenz bei Dispoaktien nicht aufgenommen wurden. Mit dem Anhang I zum «Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance» hat die Wirtschaft gezeigt, dass sie bereit ist, mit den Instrumenten der Selbstregulierung auch bei den Entschädigungen die Transparenz zu verbessern und die Mitwirkung der Aktionäre zu verstärken.

Augenmass in der Konsumpolitik behalten

Konsumpolitische Anliegen müssen differenziert und unter Beachtung des Primats der Selbstregulierung sowie der Mechanismen des Marktes beurteilt werden. Pauschale staatliche Eingriffe unter der Annahme einer generellen Schutzbedürftigkeit von Konsumenten würden zu einer Verarmung und Verteuerung des Angebots an Produkten und Dienstleistungen führen. Schutzvorschriften sollen dort gezielt verbessert werden, wo es nötig und wirksam ist. Bei der Regelung allgemeiner Geschäftsbedingungen muss das Prinzip der Vertragsfreiheit beachtet werden. Unter dem Titel Deklarationsvorschriften bestehen heute nach wie vor technische Handelshemmnisse, die es zu beseitigen gilt. Auch bei der geplanten Schaffung eines Produktsicherheitsgesetzes ist darauf zu achten, dass keine neuen überschüssigen und handelshemmenden Sondervorschriften festgelegt werden.

Investitionshürden beseitigen

Auch nach der Inkraftsetzung der Beschlüsse zur Verwesentlichung des Verbandsbeschwerderechts bleiben hohe Hürden bestehen. Diese sind nicht nur in den komplexen Verfahren, die beschwerdeberechtigten Organisationen nach wie vor eine Sonderstellung gerade auch gegenüber Parlaments- und Volksentscheiden einräumen, sondern auch im materiellen Recht zu finden. Es ist daher entscheidend, dass beispielsweise die Kriterien für die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung als Basis für das Beschwerderecht versachlicht und die Schwellenwerte massiv erhöht werden. Auch ist von schematischen Eingriffen wie Fahrtenmodellen Abstand zu nehmen. Investitionshürden und Kostentreiber sind aber auch die kantonal höchst unterschiedlichen Bauvorschriften.

Unternehmen von «Generalverdacht» entlasten

Die Unternehmen sind zunehmend mit Fragen des Wirtschaftsstrafrechts konfrontiert. Dies betrifft im Besonderen die Tatbestände der Geldwäscherei, der Korruption, aber auch der Börsendelikte. In allen Bereichen sind gesetzliche Regelungen angestrengt oder wurden kürzlich beschlossen. Klare Regeln in diesem Bereich tragen zum guten Ruf des Wirtschaftsstandorts bei. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass Unternehmen und andere Wirtschaftsakteure gleichsam unter «Generalverdacht» und genereller Schuldvermutung stehen, mit unverhältnismässigem Aufwand belastet oder auf den internationalen Märkten benachteiligt werden.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/recht

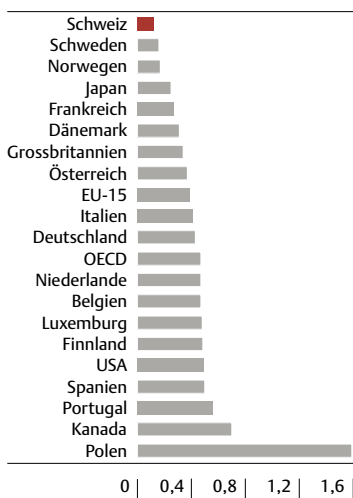
Energie und Umwelt

Marschhalt in der Energiepolitik einlegen

Die Energiemärkte präsentieren sich im vierten Jahr in Folge mit stark steigenden Preisen. Eine Entspannung der Situation zeichnet sich mittelfristig nicht ab. Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien erhalten in diesem Umfeld auch ohne staatliche Eingriffe erheblichen Auftrieb. Zusätzlich wurden im letzten Jahr diverse energiepolitische Entscheide gefällt, deren Umsetzung erst eingeleitet wurde und noch bevorsteht. Die neue Preissituation an den Energiemärkten dürfte im Hinblick auf energierelevante Investitionsentscheide eine nachhaltigere Wirkung ausüben als eine Vielzahl von neuen Detailvorschriften. Unter solch stark geänderten Rahmenbedingungen ist ein Marschhalt für weitere Eingriffe und eine Konsolidierung der staatlichen Massnahmen nötig. Unrealistische energiepolitische Ziele und neue Steuern auf Energie müssen vermieden werden. Anlass zu Besorgnis gibt die sich abzeichnende Verschlechterung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung. Dies muss durch rechtzeitige Investitionen in Grosskraftwerke abgewendet werden. Die vom Bundesrat 2007 eingeschlagene Strategie ist in den kommenden Jahren konsequent und ohne Verzögerungen weiterzuverfolgen und umzusetzen.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/energie

CO₂-Emissionen
in Kilogramm pro Einheit BIP¹



¹ BIP in US-Dollar umgerechnet.

Quelle: OECD 2006.

Wirtschaft in die Klimapolitik einbeziehen

In der Klimapolitik stehen Entscheide für die Ablösung des CO₂-Gesetzes und eine Verlängerung der internationalen Anstrengungen zum Klimaschutz nach 2012 an. Die Schweiz soll in dieser Frage einen angemessenen, möglichst wirksamen und kosteneffizienten Beitrag leisten. Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Der Fokus der schweizerischen Anstrengungen darf sich nicht alleine auf die Schweiz konzentrieren. Das frühestens 2009 beschlussfähige Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll liefert hierzu Ansätze. Den Schweizer Unternehmen bieten sich in Zukunft vielfältige und attraktive Möglichkeiten, praxiserprobte und wirksame Beiträge zum Klimaschutz zu leisten. Dafür ist ein frühzeitiger Einbezug der Wirtschaft nötig. Eine primär auf staatlichen Eingriffen beruhende Klimapolitik greift zu kurz und bringt nicht die erforderlichen Resultate. Den Beweis dafür haben die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft, namentlich der Energieagentur der Wirtschaft und der Stiftung Klimarappen erbracht.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/umwelt

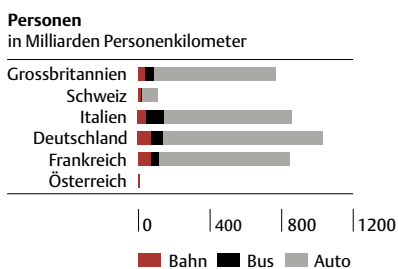
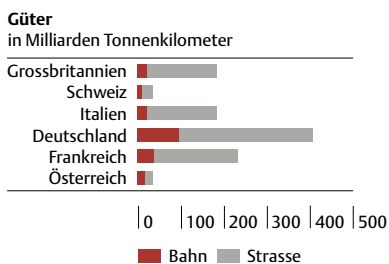
Infrastrukturen

Marktöffnung mit Nachdruck verfolgen

Moderne und leistungsfähige Infrastrukturen sind ein wesentlicher Standortfaktor. Die Öffnung der Infrastrukturmärkte führt zu einer Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses und somit zu mehr gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrt. Der Weg hin zu offenen Infrastrukturmärkten ist deshalb mit Nachdruck weiterzuverfolgen. Zentrale Wirkung der Liberalisierungen ist ein anhaltender Zwang zu Innovation und Qualität. Marktöffnungen erhöhen aber auch die Transparenz. In geöffneten Märkten sind Quersubventionierungen zwischen einzelnen Produkten nur schwer durchsetzbar.

In der Schweiz mangelt es praktisch in allen Infrastruktursektoren an Transparenz. Damit besteht die Gefahr falscher Priorisierung von Investitionen und dementsprechend suboptimalem Mitteleinsatz, was sich langfristig als Standortnachteil auswirkt. Economiesuisse setzt sich deshalb konsequent für bessere Transparenz ein. Aus der Produktion marktfähiger Dienstleistungen soll sich der Staat wo immer möglich zurückziehen. Der Rückzug des Staates aus den Infrastruktursektoren geschieht demnach einerseits über die Öffnung der Märkte (Liberalisierung), andererseits über die Privatisierung der staatlichen Betriebe. Damit die erwünschten Wohlfahrtsgewinne tatsächlich eintreten, sind die Rahmenbedingungen entscheidend. Es gilt der Grundsatz: so wenig Regulierung wie möglich, so viel wie nötig. Der Staat hat heute in den Infrastruktursektoren häufig noch eine ordnungspolitisch fragwürdige Kumulierung der Rollen als Eigentümer, Anbieter, Financier, Aufseher und Regulierer. Es zeigt sich aber immer deutlicher, dass für die erfolgreiche Öffnung der Infrastruktursektoren zwingend starke verwaltungsunabhängige Regulatoren eingesetzt werden müssen, die für die Einhaltung der Spielregeln sorgen. Klare Kompetenzen kombiniert mit raschen Verfahren sorgen für Rechtssicherheit und möglichst geringe Kosten. Wo der Staat als Besteller von Leistungen auftritt, soll er vermehrt auf das Instrument der Ausschreibung setzen. Dieses Instrument ermöglicht die Förderung des Wettbewerbs und eine effektive und effiziente Ressourcenallokation.

Güter- und Personenverkehr, 2005



Quelle: International Transport Forum.

Schiene: Transparenz im Schienenverkehr fördern

economiesuisse unterstützt den Ausbau des Schienenverkehrs und erachtet auch die Vollendung des Knotensystems als sinnvoll. Prioritär sind im Rahmen der vorhandenen umfangreichen Mittel Investitionen, die für den Nutzen der Investition in die Alpentransversale und damit aus volkswirtschaftlicher Perspektive bedeutend sind. Vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Ressourcen sind regionalpolitisch motivierte Aufstockungen nicht vertretbar, ein regionalpolitisches Wunschkonzert ist unangebracht. Wegen fehlender Transparenz punkto Auslastungsgrad und Rentabilität einzelner Strecken drohen 2008 im Rahmen der Behandlung der Vorlage «Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur» (ZEB) im Parlament einmal mehr suboptimale Investitionsentscheide und eine aus finanzpolitischer Sicht unverantwortbare Aufstockung des FinöV-Fonds. Generell ist die Bahnreform voranzutreiben. Eine Klärung und systematische Trennung der verschiedenen Rollen des Staates ist zwingend. Im Personenverkehr müssen die Lücken geschlossen werden, damit endlich auch dort Ausschreibungen – wie sie seit zehn Jahren im Gesetz vorgesehen sind – zum Standard werden. Soll sich der Wettbewerb im Güterverkehr auf der Schiene weiterentwickeln und damit den gewünschten Beitrag zur Verlagerungspolitik erbringen, muss im Rahmen der Bahnreform das Trassenpreissystem reformiert werden.

Strasse: an Effizienz und Effektivität ausrichten

Deutlich besser ist die Transparenz im Bereich der Strasse. Zur Steigerung des volkswirtschaftlichen Nutzens sind Investitionen dort zu tätigen, wo dieser am grössten ist. Eine entsprechende Priorisierung ist darum zwingend. Der Einführung einseitiger fiskalischer Abschöpfungsinstrumente mit der Absicht der künstlichen Verknappung des Strassenraums ohne entsprechende Kompensation ist entschieden entgegenzutreten. Auch im Bereich der Strasse ist künftig der vermehrte Einsatz privatwirtschaftlicher Instrumente

zu überlegen. Zu prüfen wird etwa sein, ob nicht Bau und Unterhalt von Nationalstrassen und anderen Grossprojekten von privaten Trägerschaften übernommen werden könnten.

Luft: Stellung der Landesflughäfen stärken

Für die Wirtschaft ist im Luftverkehr die interkontinentale Anbindung von grosser Bedeutung. Die Stellung der Landesflughäfen ist deshalb weiter zu stärken. economiesuisse unterstützt die Änderung von Artikel 86 der Bundesverfassung (Verwendung der Kerosin-erträge), die 2008 in die parlamentarische Beratung gelangt.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/verkehr

Telekommunikation: Wettbewerb stärken

Die Öffnung des Telekommunikationsmarktes zeigt positive Wirkungen sowohl in Bezug auf Innovationen als auch bezüglich der Preiswirkungen. Dank der Öffnung der letzten Meile werden die Preise 2008 weiter sinken. Wirtschaft und Konsumenten profitieren davon. economiesuisse unterstützt die Stärkung eines funktionierenden Wettbewerbs im Telekommunikationsmarkt und einen geordneten Rückzug des Staates aus dem Eigentum an der Swisscom.

Post: Öffnung vorantreiben

In der Öffnung des Postmarktes bildet die Schweiz das Schlusslicht in Europa. Während das Briefmonopol in Europa seit 2006 bei einer Obergrenze von 50 Gramm liegt und die EU nun beschlossen hat, das Briefmonopol 2011 vollständig aufzuheben, gilt in der Schweiz unverändert ein solches für Sendungen bis zu 100 Gramm. Dies entspricht rund 90 Prozent des Volumens adressierter Briefe. Gleichzeitig zahlen Wirtschaft und Konsumenten praktisch die höchsten Brieftarife. Der kürzlich gefällte Entscheid des Bundesrats zur weiteren Briefmarktöffnung – Senkung des Monopols auf 50 Gramm per 2009 und vollständige Aufhebung drei Jahre später – ist deshalb sehr zu begrüssen. Die Regierung muss ihre Kompetenz wahrnehmen und den nächsten Öffnungsschritt rasch vornehmen. Im Rahmen der geplanten Totalrevision der Postgesetzgebung wird sich economiesuisse für eine rasche vollständige Abschaffung des Briefmonopols einsetzen und für ein Postmarktgesetz, das diesen Namen verdient.

Vertiefte Informationen: www.economiesuisse.ch/web/de/themen/kommunikation

economiesuisse vertritt als Spitzenorganisation der Schweizer Wirtschaft deren Interessen im politischen Prozess und setzt sich für optimale Rahmenbedingungen ein. Der Dachverband vereinigt 30 000 Schweizer Unternehmen aller Grössen und aus allen Sektoren. Zusammen beschäftigen diese 1,5 Millionen Personen in der Schweiz. Direktmitglieder von economiesuisse sind rund 100 Branchenverbände, 20 kantonale Handelskammern sowie einige Einzelunternehmen.

Der Auftrag von economiesuisse ist die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für die Schweizer Unternehmen. Entscheidend hierbei sind die Erhaltung des unternehmerischen Freiraums für alle Firmen, die kontinuierliche Verbesserung des Produktions- und Forschungsstandorts Schweiz im globalisierten Wettbewerb sowie die Förderung des nachhaltigen Wachstums als Voraussetzung für eine hohe Beschäftigung und die Sicherung des Wohlstands in der Schweiz.

economiesuisse nimmt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Öffentlichkeit in allen Aspekten der Wirtschaftspolitik wahr. Der Verband setzt sich für optimale Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz ein und fördert die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft und ihrer Unternehmen. Er ist den Grundsätzen einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung sowie der sozialen und ökologischen Verantwortung verpflichtet.

Kernaufgabe von economiesuisse ist die Mitgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene, wobei die Schwerpunkte bei der Aussenwirtschafts-, der Finanz- und Steuer-, der Bildungs- und Forschungs-, der Energie- und Umwelt- sowie der Infrastrukturpolitik liegen.

economiesuisse pflegt enge und regelmässige Kontakte zu Regierung, Verwaltung und Parlament. So ist es die Aufgabe des Dachverbands, wirtschaftspolitisch relevante Themen frühzeitig zu erkennen und sich in der Meinungsbildung auf allen Stufen des Gesetzgebungsprozesses zu engagieren. Dies geschieht durch Einsitznahme in Expertengruppen, Vorbereitung von Erlassen, Teilnahme an Vernehmlassungen, laufende Beobachtung der Entscheide von Bundesrat und Parlament oder durch Beteiligung an Volksabstimmungen. Die Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Organisationen gleicher Interessenlage und die daraus resultierenden Synergien sind von zentraler Bedeutung. economiesuisse arbeitet eng mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband zusammen.

Der Hauptsitz von economiesuisse ist in Zürich. Weitere Geschäftsstellen befinden sich in Bern, Genf, Lugano und Brüssel.

Industrie- und Handelskammern

Aargauische Industrie- und Handelskammer
Entfelderstrasse 11, Postfach, 5001 Aarau
www.aihk.ch

Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del cantone Ticino
Corso Elvezia 16, Casella postale, 6901 Lugano
www.cci.ch/ticino/index.html

Chambre de Commerce et d'Industrie du Jura
23, rue de l'Avenir, Case postale 274, 2800 Delémont 1
www.cci.ju.ch

Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève
4, boulevard du Théâtre, Case postale 5039, 1211 Genève 11
www.ccig.ch

Chambre de commerce Fribourg
37, route du Jura, Case postale 304, 1701 Fribourg
www.cfcis.ch

Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie
4, rue de la Serre, Case postale 2012, 2001 Neuchâtel
www.ncni.ch

Chambre valaisanne de commerce et d'industrie
6, rue Pré-Fleuri, Case postale 288, 1951 Sion
www.cci-valais.ch

Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie
47, avenue d'Ouchy, Case postale 315, 1001 Lausanne
www.cvci.ch

Glarner Handelskammer
Spielhof 14a, 8750 Glarus
www.glhk.ch

Handels- und Industrieverein des Kantons Bern
Gutenbergstrasse 1, Postfach 5464, 3001 Bern
www.bern-cci.ch

Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz
Bahnhofstrasse 4, Postfach 762, 6431 Schwyz
www.h-i-sz.ch

Handelskammer beider Basel
Aeschenvorstadt 67, Postfach, 4010 Basel
www.hkbb.ch

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden
Hinterm Bach 40, 7002 Chur
www.hkgr.ch

Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur
Neumarkt 15, Postfach, 8401 Winterthur
www.haw.ch

Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell
Gallusstrasse 16, Postfach, 9001 St. Gallen
www.ihk.ch

Industrie- und Handelskammer Thurgau
Schmidstrasse 9, Postfach 396, 8570 Weinfelden
www.ihk-thurgau.ch

Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer
Altenbach 8, 9490 Vaduz
www.lihk.li

Solothurner Handelskammer
Grabackerstrasse 6, Postfach 1554, 4502 Solothurn
www.sohk.ch

Zentralschweizerische Handelskammer
Kapellplatz 2, Postfach 3142, 6002 Luzern
www.hkz.ch

Zürcher Handelskammer
Bleicherweg 5, Postfach 3058, 8022 Zürich
www.zurichcci.ch

Verbände

Aerosuisse Dachverband der schweizerischen Luftfahrt
Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern
www.aerosuisse.ch

ASCO Association of Management Consultants Switzerland
Weinbergstrasse 31, Postfach, 8006 Zürich
www.asco.ch

Association des Armateurs Suisses
7, avenue des Baumettes, Case postale 48, 1020 Renens VD 1

Association Patronale de l'Horlogerie et de la Microtechnique APHM
7, rue de la Gare, Case postale 16, 2501 Biel/Bienne

Association Suisse des Fabricants et Commerçants de Métaux Précieux
42, boulevard des Eplatures, Case postale,
2304 La Chaux-de-Fonds

asut Schweizerischer Verband der Telekommunikation
Laupenstrasse 18a, Postfach 7923, 3001 Bern
www.asut.ch

Aussenwerbung Schweiz AWS
Bahnhöheweg 82, Postfach, 3018 Bern
www.aussenwerbung-schweiz.ch

auto-schweiz Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure
Mittelstrasse 32, Postfach 5232, 3001 Bern
www.auto-schweiz.ch

AVIA Vereinigung unabhängiger Schweizer Importeure von Erdölprodukten
Badenerstrasse 329, Postfach, 8040 Zürich
www.avia.ch

BISCOSUISSE Schweizerischer Verband der Backwaren- und Zuckerwaren-Industrie
Münzgraben 6, Postfach, 3000 Bern 7
www.biscosuisse.ch

cemsuisse Verband der Schweizerischen Cementindustrie
Marktgasse 53, 3011 Bern
www.cemsuisse.ch

CHOCOSUISSE Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten
Münzgraben 6, Postfach 1007, 3000 Bern 7
www.chocosuisse.ch

Dachverband Schweizerischer Müller
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.dsm-fms.ch

Dachverband Schweizerischer Spezialmühlen
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Electrosuisse
Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
www.electrosuisse.ch

Erdöl-Vereinigung
Löwenstrasse 25, 8001 Zürich
www.erdoel.ch

Fédération de l'industrie horlogère suisse FH
6, rue d'Argent, Case postale 560, 2501 Biel/Bienne
www.fhs.ch

Fédération des Entreprises Romandes Genève
98, rue de St-Jean, Case postale 5278, 1211 Genève 11
www.fer-ge.ch

hotelleriesuisse
Monbijoustrasse 130, Postfach, 3001 Bern
www.hotelleriesuisse.ch

IFPI Schweiz Toblerstrasse 76a, 8044 Zürich www.ifpi.ch	SGCI Chemie Pharma Schweiz Nordstrasse 15, Postfach, 8035 Zürich www.sgci.ch
IGFV Geschäftsstelle Interessengemeinschaft Flexible Verpackungen Tödistrasse 47, Postfach 1507, 8027 Zürich	SIBA Verband Schweizerischer Versicherungsbroker Kreuzstrasse 42, 8008 Zürich www.siba.ch
Interessengemeinschaft Tee, Gewürze und verwandte Produkte Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6	simsa – swiss interactive media and software association Seefeldstrasse 301, Postfach 1211, 8032 Zürich www.simsa.ch
Kunststoff Verband Schweiz (KVS) Schachenallee 29 C, 5000 Aarau www.kvs.ch	SPEDLOGSWISS Verband schweizerischer Speditions- und Logistikunternehmen Elisabethenstrasse 44, Postfach, 4002 Basel www.spedlogswiss.com
PKS Privatkliniken Schweiz Worbstrasse 52, Postfach 160, 3074 Muri/Bern www.privatehospitals.ch	SWICO Technoparkstrasse 1, 8005 Zürich www.swico.ch
Promarca Schweizerischer Markenartikelverband Spitalgasse 9, Postfach, 3000 Bern 7 www.promarca.ch	Swiss Cigarette 15, route des Arsenaux, Case postale 137, 1705 Fribourg www.swiss-cigarette.ch
Schweizer Brauerei-Verband Engimattstrasse 11, Postfach 2124, 8027 Zürich www.bier.ch	Swiss Convenience Food Association Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6 www.swissfoodind.ch
Schweizer Casino Verband Marktgassee 50, Postfach 593, 3000 Bern 7 www.switzerlandcasinos.ch	Swiss Engineering STV Weinbergstrasse 41, 8006 Zürich www.swissengineering.ch
Schweizer Fleisch-Fachverband SFF Steinwiesstrasse 59, Postfach, 8032 Zürich www.carnasuisse.ch	Swiss Funds Association SFA Dufourstrasse 49, Postfach, 4002 Basel www.sfa.ch
Schweizer Werbung SW Kappelergasse 14, Postfach 3201, 8022 Zürich www.sw-ps.ch	Swiss International Airports Association SIAA Postfach, 8058 Zürich-Flughafen www.siaa.ch
Schweizerische Bankiervereinigung Aeschenplatz 7, Postfach 4182, 4002 Basel www.swissbanking.org	Swiss Retail Federation Marktgassee 50, Postfach 575, 3000 Bern 7 www.swiss-retail.ch
Schweizerische Normen-Vereinigung Bürglistrassee 29, 8400 Winterthur www.snv.ch	Swisscable Verband für Kommunikationsnetze Kramgassee 5, Postfach 515, 3000 Bern 8 www.swisscable.ch
Schweizerischer Baumeisterverband Weinbergstrasse 49, Postfach, 8042 Zürich www.baumeister.ch	SwissCham Verband Schweizerischer Aussenwirtschaftskammern Stauffacherstrasse 45, Postfach, 8026 Zürich www.swisscham.ch
Schweizerischer Energie-Konsumenten-Verband von Industrie + Wirtschaft Freie Strasse 38/Pfluggässlein 2, Postfach 309, 4001 Basel	swisselectric Monbijoustrasse 16, Postfach 7950, 3001 Bern www.swisselectric.ch
Schweizerischer Hefeverband Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6	SwissHoldings Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne der Schweiz Nägelligasse 13, Postfach 402, 3000 Bern 7 www.swissholdings.ch
Schweizerischer Kosmetik- und Waschmittelverband Breitingerstrasse 35, Postfach 2138, 8027 Zürich www.skw-cds.ch	Swissmem Kirchenweg 4, Postfach, 8032 Zürich www.swissmem.ch
Schweizerischer Leasingverband SLV Rämistrasse 5, Postfach, 8024 Zürich www.leasingverband.ch	SwissOlio Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6
Schweizerischer Obstverband Baarerstrasse 88, Postfach 2559, 6302 Zug www.swissfruit.ch	SwissPasta Vereinigung der Schweizerischen Teigwarenindustrie Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6
Schweizerischer Reisebüro-Verband Etzelstrasse 42, Postfach, 8038 Zürich www.srv.ch	Swissplay Verband der schweizerischen Spielautomatenbranche Bahnhofzentrum, Postfach 10, 3186 Düringen www.swiss-play.ch
Schweizerischer Verband der Internationalen Handelsfirmen Aeschenvorstadt 4, Postfach 526, 4010 Basel	SWX Swiss Exchange Selnastrasse 30, Postfach, 8021 Zürich www.swx.com
Schweizerischer Versicherungsverband SVV C. F. Meyer-Strasse 14, Postfach 4288, 8022 Zürich www.svv.ch	TELESUISSE Verband der Schweizer Regionalfernsehen Via Carona 6, 6815 Melide www.telesuisse.ch
Schweizerisches Verpackungsinstitut Brückfeldstrasse 18, 3000 Bern 9 www.svi-verpackung.ch	

Treuhand-Kammer

Limmatquai 120, Postfach 6140, 8023 Zürich
www.treuhand-kammer.ch

TVS Textilverband Schweiz

Beethovenstrasse 20, Postfach 2900, 8022 Zürich
www.tvsv.ch

Union des Industriels Valaisans

Case postale 2106, 1950 Sion 2

USIC Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen

Aarberggasse 16/18, 3011 Bern
www.usic.ch

Verband der Schweizer Druckindustrie

Schosshaldenstrasse 20, 3006 Bern
www.druckindustrie.ch

Verband der Schweizerischen Gasindustrie

Grütlistrasse 44, Postfach, 8027 Zürich
www.erdgas.ch

Verband der Schweizerischen Schmelzkäseindustrie SESK

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Verband der Schweizerischen Zellstoff-, Papier- und Kartonindustrie

Bergstrasse 110, Postfach, 8032 Zürich
www.zpk.ch

Verband des Schweizerischen Versandhandels VSV

General Wille-Strasse 144, 8706 Meilen
www.vsv-versandhandel.ch

Verband Schweizer Presse

Konradstrasse 14, Postfach, 8021 Zürich
www.schweizerpresse.ch

Verband Schweizerischer Anschlussgeleise- und Privatgüterwagenbesitzer

Ringlikerstrasse 70, 8142 Uitikon Waldegg
www.cargorail.ch

Verband Schweizerischer Aufzugsunternehmen VSA

Postfach 21, 6047 Kastanienbaum
www.aufzuege.ch

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Hintere Bahnhofstrasse 10, Postfach, 5001 Aarau
www.vse.ch

Verband Schweizerischer Filialunternehmen

Frohburgstrasse 98, 8006 Zürich
www.vsf-schweiz.ch

Verband Schweizerischer Generalunternehmer VSGU

Effingerstrasse 13, 3011 Bern
www.vsgu.ch

Verband Schweizerischer Glacé- & Eiscream-Fabrikanten

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.swissfoodind.ch

Verband Schweizerischer Hersteller von Suppen und Saucen

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Verband Schweizerischer Kantonalbanken

Wallstrasse 8, Postfach, 4002 Basel
www.vskb.ch

Verband Schweizerischer Kreditbanken und Finanzierungsinstitute

Toblerstrasse 97/Neuhausstrasse 4, Postfach 382, 8044 Zürich
www.vskf.org

Verband Schweizerischer Lack- und Farbenfabrikanten

Rudolfstrasse 13, 8400 Winterthur
www.vslf.ch

Verband Schweizerischer Mineralquellen und Softdrink-Produzenten

Engimattstrasse 11, Postfach 2124, 8027 Zürich
www.mineralwasser.ch

Verband Schweizerischer Privatschulen

Hotelgasse 1, Postfach 316, 3000 Bern 7
www.swiss-schools.ch

Verband Schweizerischer Stahlröhrenwerke

Rämistrasse 29, 8001 Zürich

Verband Schweizerischer Werbegesellschaften VSW

Holbeinstrasse 30, Postfach 2949, 8022 Zürich
www.vsw-assp.ch

Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften

St. Jakobs-Strasse 7, Postfach 2879, 4002 Basel
www.vpag.ch

Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.milchindustrie.ch

Vereinigung Exportierender Elektrizitätsunternehmen/Rätia

7742 Poschiavo

Vereinigung Messen Schweiz VMS

Bürgenstockstrasse 54, 6373 Ennetbürgen
www.messenschweiz.ch

Vereinigung Schweizerischer Glasfabriken

Schützenmattstrasse 266, Postfach, 8180 Bülach

Vereinigung Schweizerischer Hersteller von Diät- und Spezialnahrungen

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland

Gellertstrasse 18, 4052 Basel
www.vsud.ch

VERKAUF SCHWEIZ Verband verkaufsorientierter Fachleute & Firmen

Grünaustrasse 10, Postfach 130, 3084 Wabern
www.verkaufschweiz.ch

VISCOM Schweizerischer Verband für visuelle Kommunikation

Alderstrasse 40, Postfach, 8034 Zürich
www.viscom.ch

VSIG Handel Schweiz

Güterstrasse 78, Postfach 656, 4010 Basel
www.vsig.ch

Zuger Wirtschaftskammer

Gubelstrasse 11, 6300 Zug
www.zwk.ch

Einzelmitglieder und andere Organisationen

Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel)

Bahnhofquai 12, Postfach, 4601 Olten
www.atel.ch

Accenture AG

Fraumünsterstrasse 16, Postfach, 8022 Zürich
www.accenture.ch

Adecco management & consulting SA

Sägereistrasse 10, Postfach, 8152 Glattbrugg
www.adecco.com

Axpo Holding AG Parkstrasse 23, Postfach, 5401 Baden www.axpo.ch	IKEA Immobilien AG Eiweg 10, 4460 Gelterkinden www.ikea.ch
BIBUS Holding AG Allmendstrasse 26, 8320 Fehraltorf www.bibus.ch	Implenia AG Industriestrasse 24, 8305 Dietlikon www.implenia.com
BKW FMB Energie AG Viktoriaplatz 2, Postfach, 3000 Bern 25 www.bkw-fmb.ch	Intel Semiconductor AG Leutschenbachstrasse 95, 8050 Zürich www.intel.com/ch
Capital International SA 3, place des Bergues, 1201 Genève www.capgroup.com	Kabelwerke Brugg AG Holding Klosterzelgstrasse 28, 5201 Brugg www.brugg.com
Centralschweizerische Kraftwerke AG Hirschengraben 33, Postfach, 6002 Luzern www.ckw.ch	Kudelski Group 22, route de Genève, Case postale 134, 1033 Cheseaux-sur-Lausanne www.nagra.com
Chemolio Holding AG Seehofstrasse 6, 8008 Zürich	McKinsey & Company, Inc. Switzerland Alpenstrasse 3, Postfach, 8065 Zürich www.mckinsey.ch
Chocoladefabriken Lindt & Sprüngli (Schweiz) AG Seestrasse 204, 8802 Kilchberg ZH www.lindt.com/switzerland	Metallum AG Wasenstrasse 13, Postfach, 4133 Pratteln 1 www.metallum.ch
Clear Channel Plakanda GmbH Beckenhofstrasse 6, 8035 Zürich www.plakat.ch	Microsoft Schweiz GmbH Richtstrasse 3, 8304 Wallisellen www.microsoft.com/switzerland
Dell SA 29, route de l'Aéroport, Case postale 216, 1215 Genève 15 www.dell.ch	Nestlé Suisse SA 10, rue d'Entre-Deux-Villes, Case postale 352, 1800 Vevey www.nestle.ch
Desco von Schulthess Holding AG Brandschenkestrasse 2, 8001 Zürich www.desco-group.com	Novartis International AG Postfach, 4002 Basel www.novartis.com
DKSH Holding AG Wiesenstrasse 8, Postfach 888, 8034 Zürich www.dksh.com	OMYA (Schweiz) AG Baslerstrasse 42, Postfach 32, 4665 Oftringen www.omya.com
eBay International AG Helvetiastrasse 15/17, Postfach 133, 3000 Bern 6 www.ebay.com	Overpart GmbH Neuhofstrasse 4, 6340 Baar
EOS Holding 10, chemin de Mornex, Case postale 570, 1001 Lausanne www.eosholding.ch	Pfister Arco Holding AG Bernstrasse Ost 49, Postfach, 5034 Suhr www.pfister.ch
F. Hoffmann-La Roche AG Postfach, 4070 Basel www.roche.com	PubliGroupe SA 12, avenue des Toises, Case postale 7203, 1002 Lausanne www.publigroupe.ch
Firmenich SA 7, rue de la Bergère, Case postale 148, 1217 Meyrin www.firmenich.com	Rätia Energie AG Via da Clalt 307, 7742 Poschiavo www.repower.ch
FREI connect Radgasse 3, Postfach, 8021 Zürich www.freiconnect.ch	Roland Berger AG Strategy Consultants Neumünsterallee 12, 8008 Zürich www.rolandberger.ch
Frutiger AG Frutigenstrasse 37, Postfach 2160, 3601 Thun www.frutiger.com	Schubarth+Co AG Lange Gasse 90, Postfach, 4002 Basel www.schubarth.ch
Galenica AG Untermattweg 8, Postfach, 3001 Bern www.galenica.ch	Société Générale de Surveillance SA 1, place des Alpes, Case postale 2152, 1211 Genève 1 www.sgs.com
GE Money Bank Bändliweg 20, 8048 Zürich www.gemoney.ch	Swiss International Air Lines Ltd. Postfach, 4002 Basel www.swiss.com
Givaudan Suisse SA 5, chemin de la Parfumerie, 1214 Vernier www.givaudan.com	Swisscom AG Postfach, 3050 Bern www.swisscom.ch
Hapimag Verwaltungs- und Vertriebsgesellschaft Havag AG Neuhofstrasse 8, 6349 Baar www.hapimag.com	Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich Walchstrasse 19, Postfach, 8090 Zürich www.awa.zh.ch
IBM Schweiz Vulkanstrasse 106, Postfach, 8010 Zürich www.ibm.com	Stand: März 2008

Vorstandsausschuss



Gerold Bühler
Präsident
Schaffhausen



Johann N. Schneider-Ammann
Vizepräsident
Ammann Schweiz AG,
Langenthal



Patrick Odier
Vizepräsident
Lombard Odier Darier
Hentsch & Cie., Genève



Marcel Ospel
Quästor
UBS AG, Zürich



Rolf Dörig
Swiss Life, Zürich



Bernard Rüeeger
Rüeeger SA, Crissier



Werner Hug
Hug AG, Malters



Anton Scherrer
Swisscom AG, Bern



Walter B. Kielholz
Credit Suisse Group, Zürich



Rudolf Stämpfli
Stämpfli AG, Bern



Pierre Mirabaud
Mirabaud & Cie
banquiers privés, Genève



Christoph Tobler
Sefar Holding AG, Thal



Hanspeter Rentsch
The Swatch Group AG,
Biel/Bienne



Rudolf Wehrli
SGCI Chemie Pharma
Schweiz, Zürich

Stand: März 2008



Hans-Peter Aebi
swissgrid ag, Laufenburg



Bruno Frick
Swiss Retail Federation,
Bern



Willy Balmer
V-ZUG AG, Zug



David P. Frick
Nestlé SA, Vevey



Guglielmo L. Brentel
H&G Hotel Gast AG,
Altendorf



Ronald Ganz
Erdöl-Vereinigung, Zürich



Ph. Olivier Burger
PKZ Burger-Kehl & Co. AG,
Zürich



Frédéric Geissbühler
Chambre Neuchâteloise du
commerce et de l'industrie,
Neuchâtel



Hans Büttiker
EBM, Münchenstein



Bertrand Gros
Rolex, Genève



Christian Casal
McKinsey & Company, Inc.
Switzerland, Zürich



Peter Grüschow
Swissmem, Zürich



Aleardo Cattaneo
Ferriere Cattaneo SA,
Giubiasco



Max Theodor Herzig
Carl Spaeter AG, Basel



Philippe de Preux
Bobst Group SA, Lausanne



Martin Huber
Georg Fischer AG,
Schaffhausen



Marco Fischer-Stocker
baag druck & verlag AG,
Hochwald



Rudolf Hug
HT-Holding AG,
Baden-Dättwil



Thomas Isler
Gessner AG, Wädenswil



Blaise Matthey
Fédération des Entreprises
Romandes Genève, Genève



Andreas W. Keller
Diethelm Keller
Holding AG, Zürich



Werner Messmer
Schweizerischer
Baumeisterverband, Zürich



Gottlieb A. Keller
F. Hoffmann-La Roche AG,
Basel



Armin Meyer
Ciba Spezialitätenchemie
AG, Basel



Daniel Knecht
Knecht Bau AG, Brugg AG



Markus R. Neuhaus
PricewaterhouseCoopers
AG, Zürich



André Kudelski
Kudelski Group,
Cheseaux-sur-Lausanne



Peter Quadri
Zürcher Handelskammer,
Zürich



Giovanni Lamarca
JT International AG Dag-
mersellen, Dagmersellen



Urs B. Rinderknecht
UBS AG, Zürich



Hajo Leutenegger
Wasserwerke Zug AG, Zug



Hans-Peter Rohner
PubliGroupe S.A., Lausanne



Ulrich Jakob Looser
Accenture AG, Zürich



Frank Ruepp
Perlen Papier AG, Perlen



Niklaus J. Lüthi
Lüthi Holding AG, Burgdorf



Daniel Rüthemann
IBM Schweiz, Zürich



Rolf Schaumann
ABB Schweiz AG, Baden



Dieter Wemmer
Zurich Financial Services,
Zürich



Rolf G. Schmid
Mammut Sports Group AG,
Seon



Kaspar E. A. Wenger
Holcim (Schweiz) AG,
Zürich



Martin Scholl
Zürcher Kantonalbank,
Zürich



Jost Wirz
Wirz Partner Holding AG,
Zürich



Hans E. Schweickardt
EOS Holding, Lausanne



Tony Wohlgensinger
auto-schweiz Vereinigung
Schweizer Automobil-
Importeure, Dübendorf



Rolf Schweiger
Fial, Bern

Didier Maus
Maus Frères SA, Genève



Thomas Staehelin
Handelskammer
beider Basel

Stand: März 2008

Die Kommissionsvorsitzenden



Thomas Staehelin
Finanzen und Steuern



Ulrich Jakob Looser
Wettbewerb



Andreas Steiner
Bildung und Forschung



Rolf Schaumann
Aussenwirtschaft



Rudolf Hug
Energie und Umwelt



Paul Kurrus
Verkehr



Pascal Gentinetta
Vorsitzender
der Geschäftsleitung



Urs Rellstab
Stellvertretender Direktor,
Kommunikation
Deutschschweiz, Tessin



Martin Kaiser
Finanzen, Steuern,
Infrastruktur



Cristina Gagini
Kommunikation Romandie



Rudolf Minsch
Wirtschaftspolitik, Bildung,
Energie/Umwelt



Gregor Kündig
Aussenwirtschaft



Thomas Pletscher
Wettbewerb,
Regulatorisches

Zürich



Leitung: **Pascal Gentinetta**

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich
Telefon: +41 44 421 35 35
Telefax: +41 44 421 34 34
E-Mail: info@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/web/de

Genf



Leitung: **Cristina Gaggini**

economiesuisse
Fédération des entreprises suisses
Carrefour de Rive 1
Case postale 3684
CH-1211 Genève 3
Telefon: +41 22 786 66 81
Telefax: +41 22 786 64 50
E-Mail: geneve@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/web/fr

Bern



Leitung: **Theo Zijdenbos**

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3001 Bern
Telefon: +41 31 311 62 96
Telefax: +41 31 312 53 50
E-Mail: bern@economiesuisse.ch

Lugano



Leitung: **Stefano Modenini**

economiesuisse
Federazione delle imprese svizzere
Corso Elvezia 16
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano
Telefon: +41 91 922 82 12
Telefax: +41 91 923 81 68
E-Mail: lugano@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/web/it

Brüssel



Leitung: **Florent Roduit**

economiesuisse
Swiss Business Federation
Avenue de Cortenbergh 168
B-1000 Bruxelles
Telefon: +32 2 280 08 44
Telefax: +32 2 280 06 99
E-Mail: bruxelles@economiesuisse.ch

Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) ist eine Dienstleistungsplattform für Unternehmen. Gegründet 1999 durch die tragenden Verbände der Schweizer Wirtschaft, steht sie für die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele. Sie setzt sich für eine CO₂-Emissionsreduktion und die Steigerung der Energieeffizienz unter Ausschöpfung wirtschaftlich rentabler Massnahmen ein. Die EnAW hat zur Umsetzung ihrer Ziele auch einen Leistungsauftrag des Bundes erhalten. Der Hauptfokus ihrer Tätigkeit gilt dem Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungssektor. Mit ihren derzeit rund 1800 Teilnehmern deckt die EnAW zusammen mit der Cemsuisse etwa 37 Prozent der CO₂-Emissionen ab, die der Schweizer Wirtschaft zugeschrieben werden.

Mit technischen und organisatorischen Massnahmen der Vorjahre konnte der Energieverbrauch im aktuellen Berichtsjahr 2006 um rund 2500 GWh vermindert und die CO₂-Emissionen um gut 540 000 Tonnen reduziert werden. Vergleichsbasis ist die entsprechende Entwicklung ohne Massnahmen. Rund 40 Prozent dieser Wirkungen sind eine direkte Folge der Anstrengungen im Zusammenhang mit den EnAW-Zielvereinbarungen, also rund 1000 GWh Energieeinsparung und ungefähr 220 000 Tonnen CO₂. Ein Teil der Massnahmenwirkungen wurde durch das Wirtschaftswachstum kompensiert, gleichwohl bleibt aber auch absolut eine deutliche Reduktionswirkung. Zur Beurteilung ist auch der Vergleich mit den in den Zielvereinbarungen mit dem Bund gesetzten Zielen heranzuziehen. Die in der EnAW engagierten Unternehmen haben die Zielwerte für Energieeffizienz und CO₂-Intensität teilweise deutlich übertroffen.

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde von Parlament und Bundesrat die Einführung einer ersten Stufe der CO₂-Lenkungsabgabe auf Anfang 2008 beschlossen. Unternehmen, die mit ihren Massnahmen auf Zielkurs sind, können sich nun davon befreien lassen. Für die Unternehmen ist dann die im CO₂-Gesetz vorgesehene Lenkungsabgabe nicht mehr mit finanziellen Nachteilen verbunden. Ihr Engagement im Rahmen des EnAW-Prozesses lohnt sich doppelt: So können die EnAW-Unternehmen ihre mutmasslichen, zusätzlichen CO₂-Reduktionen der Stiftung Klimarappen anbieten. Mit den von der Stiftung Klimarappen zur Verfügung gestellten 80 Mio. Franken werden die Firmen angeregt, für die Jahre 2007 bis 2012 insgesamt weitere rund 1,15 Mio. Tonnen CO₂ zu reduzieren, also fast 200 000 Tonnen pro Jahr.
www.enaw.ch

BUSINESSEUROPE

Der Europäische Dachverband der Wirtschaft, BUSINESSEUROPE, vertritt die Interessen von rund 40 Industrie- und Arbeitgeberverbänden aus über 30 europäischen Ländern. *economiesuisse* und der Schweizerische Arbeitgeberverband sind beide Vollmitglied. BUSINESSEUROPE gilt wegen seiner breiten Abstützung als die Stimme der Unternehmen in Europa. Der Verband hat Mitte 2007 seine Prioritäten neu gesetzt. Demnach strebt er in seiner Arbeit namentlich Reformen des Wirtschaftsrechts zugunsten von Wirtschaftswachstum, Marktintegration, Effizienz der öffentlichen Hand, Kampf gegen Protektionismus, eine nachhaltige Energiewirtschaft und Reformen der europäischen Sozialsysteme an.
www.businessseurope.eu

ICC

Die 1919 gegründete International Chamber of Commerce (ICC) vertritt die Interessen der Privatwirtschaft auf weltweiter Ebene. Sie verfolgt und beeinflusst die Entwicklung der internationalen Reglementierungen, erarbeitet Selbstregulierungen zur Erleichterung der internationalen Handelsgeschäfte und veröffentlicht Praxispublikationen zu Handel und Investitionen. Mittels eigenständiger Institutionen wie dem Internationalen Schiedsgerichtshof, dem «Commercial Crime Service» oder mittels Selbstregulierung (wie zum Beispiel den Incoterms) und zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen zu Praxisfragen vereinfacht ICC den Welthandel für international tätige Unternehmen. ICC vereint 84 Länderorganisationen. *economiesuisse* führt das Sekretariat des Schweizer Landesausschusses von ICC und gewährleistet damit den Zugang von Schweizer Unternehmen zum internationalen Netzwerk.
www.icc-switzerland.ch

BIAC

Das Business and Industry Advisory Committee to the OECD (BIAC) mit Sitz in Paris vertritt die Interessen der Wirtschaft bei der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD). Das BIAC wurde 1962 gegründet und wird von den Dachverbänden der Wirtschaft und den Arbeitgeberorganisationen in allen OECD-Ländern getragen. Seitens der Schweiz sind *economiesuisse* und der Schweizerische Arbeitgeberverband Mitglieder.
www.biac.org

Vernehmlassungen

Staats- und Verwaltungsrecht Einführung biometrischer Ausweise (Januar 2007)
Post Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten (Januar 2007)
Medienpolitik und Werbung Anhörung Entwurf für die neuen Richtlinien betreffs UKW-Radio- bzw. TV-Versorgungsgebiete (Januar 2007)
Luftverkehr Schaffung einer Spezialfinanzierung Luftverkehr (Januar 2007)
Geld- und Währungspolitik Umsetzung revidierte Empfehlungen der GAFI (März 2007)
Wettbewerbsrecht Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) (März 2007)
Staats- und Verwaltungsrecht Neuordnung ausserparlamentarische Kommissionen (März 2007)
Wettbewerbsrecht, Parallelimporte Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG) (März 2007)
Geistiges Eigentum Bundesgesetz über das Bundespatentgericht und Patentanwaltsgesetz (April 2007)
Gesundheitspolitik Nationale E-Health-Strategie (April 2007)
Finanzmarkt Teilrevision BEHV-EBK Meldepflichten (Mai 2007)
Öffentliche Finanzen Stellungnahme parlamentarische Initiative Finanzreferendum (Mai 2007)
Strassenverkehr Erhöhung der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) auf Anfang 2008? (Mai 2007)
Besteuerung Privatpersonen Steuerliche Behandlung von Instandstellungskosten bei Liegenschaften (Juni 2007)
Gesellschaftsrecht Totalrevision Handelsregisterverordnung (Juni 2007)
Schienenverkehr Gesamtschau FinöV / Zukünftige Entwicklung von Eisenbahn-Infrastrukturen (ZEB) (Juni 2007)
Mehrwertsteuer Vernehmlassungsvorlage zur Vereinfachung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer (Juni 2007)
Besteuerung Privatpersonen Vernehmlassung zum Systemscheid bei der Ehepaarbesteuerung – Stellungnahme (Juni 2007)
Sozialstaat Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung über die Familienzulagen (FamZV) (Juni 2007)
Geistiges Eigentum, Parallelimporte Systemscheid zur Erschöpfung im Patentrecht (Juli 2007)
Informationsgesellschaft, Gesundheitspolitik Stellungnahme zur EDI-Verordnung Warnhinweise auf Tabakprodukten (Oktober 2007)
Energiemärkte Stellungnahme Stromversorgungsverordnung und Energieverordnung (Oktober 2007)
Energiepolitik Stellungnahme Aktionspläne Energieeffizienz und erneuerbare Energien (Oktober 2007)

Sozialstaat Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen, Vernehmlassungsverfahren (Oktober 2007)
Gesundheitspolitik Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung» (Oktober 2007)
Energiepolitik Stellungnahme Entwurf CO ₂ -Gaskombiverordnung (Oktober 2007)
Umweltpolitik Änderung der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen VOCV (November 2007)
Staats- und Verwaltungsrecht Faire Abstimmungskampagnen (November 2007)
Staats- und Verwaltungsrecht Einführung einer einheitlichen Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) (November 2007)

Positionspapiere/Studien

Corporate Governance Anhang 1 Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance – Empfehlungen für Entschädigungen
Corporate Governance Erläuterungen zu Anhang 1 Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance
Strassenverkehr, Schienenverkehr Komitee «Wirtschaft gegen LSVA-Erhöhung»
Wirtschaftspolitik Wachstumspolitische Postulate für die kommende Legislatur
Luftverkehr Luftfahrt zentral für die Schweiz
Umverteilung Wer finanziert den Staat in der Schweiz? (Studie)

Dossierpolitik

Energiepolitik Klima Ökologische Steuerreform: Andere Optionen sind effizienter
Besteuerung Unternehmen, KMU-Steuerreform Unternehmenssteuerreform II: KMU entlasten, Standort stärken
Besteuerung Unternehmen, KMU-Steuerreform Unternehmenssteuerreform II: Für starke KMU, Wachstum, Arbeitsplätze
Gesundheitspolitik Richtungsentscheid bei der Spitalfinanzierung
Europa Europapolitik: Bilateraler Weg – optimaler Weg
5. IV-Revision 5. IV-Revision: notwendig zur Sanierung der Invalidenversicherung
Bildung, Forschung Kommission für Technologie und Innovation (KTI) – quo vadis?

Bildung BFI-Botschaft in den Jahren 2008 bis 2011
Schieneverkehr, Strassenverkehr Zahlen und Fakten zum Landverkehr
Energiepolitik Energieperspektiven des Bundes: kritisch zu hinterfragen
Globalisierung Aktuelle Probleme der schweizerischen Entwicklungshilfe
Zoll Aktuelle Entwicklungen im Zollwesen – Bedeutung für die Schweiz
Bildung Chancengleichheit an den Fachhochschulen
Geistiges Eigentum Hochpreisinsel und Patentrecht
Mehrwertsteuer Konsequente Mehrwertsteuerreform mit tiefem Einheitssatz
Umverteilung Wer finanziert den Staat in der Schweiz?
KMU-Steuerreform Unternehmenssteuerreform II: KMU stärken und Arbeitsplätze sichern
Bildung, Forschung Der Wissens- und Technologietransfer im Innovationsprozess
Europa Beziehungen Schweiz–EU und zukünftige Herausforderungen
Öffentliche Finanzen Voranschlag 2008: Keine Entspannung in der Finanzpolitik
Informationsgesellschaft, KMU Elektronische Rechnung nutzen – Unternehmen administrativ entlasten

Sessionsberichte

Vorschau und Wochenberichte zu jeder Parlamentssession
Frühjahrssession Aussenwirtschaftsbericht, Stromversorgungsgesetz, CO ₂ -Gesetz, Zusatzfinanzierung IV, Spitalfinanzierung, Unternehmenssteuerreform, Finanzmarktaufsicht, Osthilfe und Kohäsionsbeitrag, Agrarreform
Sommersession Quellenbesteuerung Vorsorgeleistungen, Strafprozessordnung, Finanzmarktaufsicht, Patentrecht, Zivilprozessordnung, «Managed Care», Botschaft Bildung, Forschung und Innovation, Agrarreform, Sortenschutz, Osthilfe und Kohäsionsbeitrag, Standortförderung
Herbstsession Urheberrecht, Botschaft Bildung, Forschung und Innovation, Risikoausgleich im KVG, Sortenschutz, Standortförderung, Strafprozessordnung, Spital- und Pflegefinanzierung Gegenvorschlag Volksinitiative «für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung», Volksinitiative Komplementärmedizin
Wintersession Insiderstrafrecht, Spezialfinanzierung Luftverkehr, Einführung Finanzreferendum, Spital- und Pflegefinanzierung, Zusatzfinanzierung IV, Volksinitiative Verbandsbeschwerderecht, Gesundheitspolitik, Gegenvorschlag Volksinitiative «für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung»

Medienmitteilungen

Luftverkehr Luftfahrt – unverzichtbarer Teil der Schweizer Wirtschaft (8. Januar 2007)
Besteuerung Unternehmen Wirtschaft fordert raschen Abschluss (12. Januar 2007)
Energiepolitik Nicht mit Energiepolitik verknüpfen (12. Januar 2007)
Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen Wirtschaft begrüsst Verhandlungsaufnahme mit Japan (19. Januar 2007)
Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen Freihandelsabkommen (23. Januar 2007)
Gesundheitspolitik, Krankenversicherung Wirtschaft geschlossen gegen Einheitskrankenkasse (25. Januar 2007)
Besteuerung Unternehmen KMU-Fokus bestätigt (2. Februar 2007)
Steuerwettbewerb Unhaltbarer Angriff auf die Schweizer Steuersouveränität (13. Februar 2007)
Mehrwertsteuer Gehaltvolle Grundlage für Mehrwertsteuerdiskussion (15. Februar 2007)
Energiepolitik Kein Bedarf an Planwirtschaft und Blackouts (16. Februar 2007)
Energiepolitik Drohende Gefahr einer Stromlücke verkannt (21. Februar 2007)
Besteuerung Unternehmen Aufruf für KMU-Steuerreform (21. Februar 2007)
Besteuerung Unternehmen, KMU-Steuerreform KMU-Steuerreform vor Abschluss (6. März 2007)
Gesundheitspolitik, Krankenversicherung Erneutes Votum gegen höhere Steuern (11. März 2007)
Besteuerung Unternehmen, KMU-Steuerreform Massvolle Vorlage für KMU, Wachstum und Arbeitsplätze (19. März 2007)
Post Universaldienst der Post einmal mehr überfinanziert (23. März 2007)
Aufgabenüberprüfung, Schienenverkehr, Strassenverkehr Verkehrsfinanzierung: Erster Schritt zur Transparenz (19. April 2007)
economiesuisse intern Rudolf Ramsauer wechselt von economiesuisse zu Nestlé (24. April 2007)
Finanzmarkt Mehr Transparenz bei Beteiligungen (1. Mai 2007)
Wirtschaftspolitik So gewinnt die Schweiz – zentrale wirtschaftspolitische Postulate (2. Mai 2007)
5. IV-Revision Klares Ja zur zukunftsgerichteten IV-Revision (22. Mai 2007)
5. IV-Revision 5. IV-Revision – Weitere Schritte zur Sanierung notwendig (17. Juni 2007)
Schieneverkehr ZEB-Bahnprojekt: Entscheidungsgrundlagen ungenügend – economiesuisse weist die Vernehmlassungsvorlage zurück (25. Juni 2007)

Newsletter

Mehrwertsteuer
 Konsequente Mehrwertsteuerreform mit tiefem Einheitssatz (28. Juni 2007)

Energiepolitik, Klima
 Dank Klimarappen Kyoto-Ziel erreichbar (29. Juni 2007)

Corporate Governance
 Selbstregulierung gestärkt (2. Juli 2007)

Post
 Postmonopol künstlich zulasten der Kunden verteuert? (11. Juli 2007)

Mehrwertsteuer
 Wirtschaft für konsequente Mehrwertsteuerreform (18. Juli 2007)

economiesuisse intern
 Pascal Gentinetta zum Direktor von economiesuisse nominiert (20. Juli 2007)

Energieträger
 Keine neuen Steuern auf Wasserstrom (6. August 2007)

Klima
 Für eine wohlüberlegte, wirksame Klimapolitik (16. August 2007)

Umverteilung
 Medienmitteilung Umverteilungsstudie «Wer finanziert den Staat in der Schweiz?» (20. August 2007)

economiesuisse intern
 Mehr Zusammenarbeit – mehr Schlagkraft: Zum Verbleib von Swissem bei economiesuisse (27. August 2007)

Energiepolitik
 Energiepolitik: Gute Ausgangslage sinnvoll nutzen (3. September 2007)

economiesuisse intern
 Pascal Gentinetta neuer Direktor (6. September 2007)

Corporate Governance
 Selbstregulierung gestärkt (6. September 2007)

economiesuisse intern
 Tag der Wirtschaft: Für Wachstum und Nachhaltigkeit (7. September 2007)

Gesundheitspolitik
 Schweizweit freie Spitalwahl nicht ausbremsen (17. September 2007)

economiesuisse intern
 Gestraffte Organisation mit neuen Köpfen (16. Oktober 2007)

Europa
 Bewährter bilateraler Weg hat Zukunft / Schweiz–EU: Aktuelle Lageanalyse (29. Oktober 2007)

Luftverkehr
 2. Schweiz. Luftfahrtkongress: Luftfahrt als wichtiger Standortfaktor (30. Oktober 2007)

Klima
 Klimaschutz: Die Wirtschaft handelt (28. November 2007)

Konjunktur, Wirtschaftspolitik
 Wachstum anhaltend, nachlassende Dynamik (7. Dezember 2007)

Klima
 Klimapolitischen Alleingang vermeiden – Umfassender CO₂-Abgabe mangelt es an ökonomischer Effizienz und ökologischer Treffsicherheit (10. Dezember 2007)

01/07
 Energie: Planwirtschaft und Blackouts / Freihandelsabkommen – Prioritäten der Wirtschaft / VOC-Verordnung

02/07
 MWST-Totalrevision / 2000-Watt-Gesellschaft / KMU-Steuerreform / Reform des Cassis-de-Dijon-Prinzips / Meldelücken bei Unternehmensübernahmen / Konstanz in der Europapolitik der Wirtschaft

03/07
 Spitalfinanzierung / IV-Revision / Stromversorgungsgesetz / KMU-Reform für Wachstum und Arbeitsplätze / Universalien der Post / Indien

04/07
 Neue Ideen im Klimaschutz / «Intellectual Property Roadmap» der ICC / IV-Revision: Förderung der Wiedereingliederung / Mehr Transparenz bei Beteiligungen / Neues Zollrecht / Verkehrsfinanzierung / Arrival Duty Free

05/07
 Notwendige Kontrolle der Bundesfinanzen / Feinstaub / Freihandel zwischen Schweiz und Japan / Genfer Flughafen / KMU-Steuerreform / Privatschulregister

06/07
 Energiesteuern in Europa / Mehrwertsteuerreform / Für Innovationsschutz, gegen Missbrauch / Systemscheid bei der Ehepaarbesteuerung / ZEB-Bahnprojekt

07/07
 Finanzpolitik im Konjunktur- und Wahlkampfstress / Umverteilungsstudie / FinöV-Fonds / Beziehungen Schweiz–EU / Klimapolitik / Überregulierung im Konsumrecht

08/07
 KMU-Steuerreform / Cassis de Dijon / Personenfreizügigkeit / Einheitliches Lohnmeldeverfahren / Budget 2008 / Energieeffizienz-Engagement

09/07
 Kommentar Cassis de Dijon / Beziehungen Schweiz–EU / Staats- und Fiskalquote / KMU-Steuerreform / EU: Auslandsinvestitionen / Klimakonferenz Bali

10/07
 Kommentar WTO / Klimaschutz / Falsche Steuerweichen / Steigende Holzknappheit / KMU als Abstimmungssieger / Rechtssicherheit für KMU-Nachfolgen / Neuer Finanzausgleich

Abstimmungskampagnen

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» (11. März 2007)

Referendum zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. IV-Revision) (17. Juni 2007)

Medienkonferenzen

Luftverkehrsinfrastruktur (8. Januar 2007)

Jahresmedienkonferenz (2. Mai 2007)

Mehrwertsteuerreform (18. Juli 2007)

Direktionswechsel economiesuisse (20. Juli 2007)

Studie «Wer finanziert den Staat in der Schweiz?»
(20. August 2007)

Strategie economiesuisse (27. August 2007)

Medienbriefing «Tag der Wirtschaft» (7. September 2007)

Medienbriefing zum Luftfahrtkongress (30. Oktober 2007)

Lancierung Klimakampagne (28. November 2007)

Ökologische Steuerreform (10. Dezember 2007)

Konjunkturlagebericht und Schwerpunkte 2008
(14. Dezember 2007)

Anlässe der Wirtschaft

Aktuelle Wirtschaftsanklässe unter www.terminkalender.ch

Jahresmedienkonferenz economiesuisse

3. April 2008

Geschäftsführerkonferenz

30. Mai 2008

Tag der Wirtschaft

5. September 2008

3. Schweizer Luftfahrtkongress

28. Oktober 2008

Sessionsdaten

Frühjahrsession

3. bis 20. März 2008

Sommersession

26. Mai bis 13. Juni 2008

Herbstsession

15. September bis 3. Oktober 2008

Wintersession

1. bis 19. Dezember 2008

Sondersession Ständerat

28. April 2008

Abstimmungstermine

24. Februar 2008

Unternehmenssteuerreform II, Volksinitiative
«Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten»

1. Juni 2008

Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen», Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda», Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung»

28. September 2008

30. November 2008

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich

economiesuisse
Fédération des entreprises suisses
Carrefour de Rive 1
Case postale 3684
CH-1211 Genève 3

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3001 Bern

economiesuisse
Federazione delle imprese svizzere
Corso Elvezia 16
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano

economiesuisse
Swiss Business Federation
Avenue de Cortenbergh 168
B-1000 Bruxelles

www.economiesuisse.ch